INFORMATIONEN – NACHRICHTEN – MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT

G 6789
ISSN 1869-6805
Nr. 182
März 2024



Bezirksgruppen Frankfurt/M. und Südhessen in der Gewerkschaft der Polizei
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

INFORMATIONEN
NACHRICHTEN
MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT

AUF EIN WORT



LIEBE KOLLEGINNEN LIEBE KOLLEGEN,

dieses Mal erhaltet ihr den Polizeireport später als sonst.
Hintergrund sind die diesjährigen Personalratswahlen, die vom **13.-17.05.2024** stattfinden. Hierzu brauchen wir von euch allen die Unterstützung in Form eurer Stimme. Wir wollen gerne im Personalrat eure Wünsche und Vorstellungen einbringen, Missstände verbessern und für die Beschäftigten des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main und Südhessen einstehen. Dies können wir nur gemeinsam. Deshalb brauchen wir eure Stimme, damit die GdP stark im Personalrat vertreten ist und wir dort auch unsere Meinung mit Gewicht einbringen können.
Einen Überblick über die Kandidaten und wofür wir uns einsetzen wollen findet ihr in diesem Polizeireport.
Wenn ihr wisst, dass ihr zu diesem Zeitpunkt nicht wählen könnt, dann meldet euch bitte bei der Briefwahl an. So könnt ihr uns auch die Stimme geben. Hierbei ist es besonders wichtig, dass ihr sowohl für den örtlichen, als auch für den Hauptpersonalrat eurer GdP die Stimme gebt. Wie genau die Briefwahl funktioniert und was ihr dabei beachten müsst, findet ihr bei uns auf der Homepage, auch mit einem kleinen Video.
In dieser Ausgabe zeigen wir euch auf, warum es wichtig ist, der GdP die Stimme zu geben und Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein. Die GdP setzt sich für die Belange aller Beschäftigten in der Polizei ein. Dabei geht es um die Leistungen von Versicherungen, wie Regress, aber auch unseren eigenen Rechtsschutz, der meiner Meinung nach der Beste im Polizeibereich ist. Denn WIR entscheiden über den Rechtsschutz selber, keine Versicherung! Das bedeutet, dass die Kolleginnen und Kollegen der Rechtsschutzkommission darüber entscheiden. Und dies ist der erhebliche Unterschied FÜR die

Inhalt

Auf ein Wort	3
Demokratie braucht Zeichen der Solidarität	6
Stärke der Demokratie sind ihre Demokraten	10
Mitbestimmung – nur mit uns	11
Behördlicher Rechtsschutz ist Fürsorge – kein Almosen	13
Innenminister und GdP im Positionsaustausch	14
Gewerkschaft – WARUM?	17
Für Demokratie = Gegen Rechts?	21
Offener Brief des Personalrats Straßenverkehrsamt FFM	22
Warum jeder wählen gehen sollte	25
Personalratswahlen im PP Südhessen	28
Personalratswahlen im PP Frankfurt	30
Personalratswahlen in der KG POB	37
Neujahrsempfang des DGB Frankfurt	39
Die „Linkesten" geben uns Recht	40
Einsatzbetreuung wird bei uns GROSS geschrieben	43
Kommunikation leicht gemacht	44
Die Polizei – Ein „noch" attraktiver Beruf?	47
Tarifrunde TV-H	51
Unterstützung der Tarifverhandlungen TV-L	52
Ein ambitionierter Blick in die Zukunft	55
Geschichten, Ehre und Gebabbel	56
Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort	59
Seminarangebot: Diensthaftpflicht und Regress	62

Titel:
Wittig/Leonardo.ai

Kolleginnen und Kollegen.
Und die GdP ist als einzige Polizeigewerkschaft direkt an den Tarifverhandlungen beteiligt. WIR handeln für die Kolleginnen und Kollegen und setzen uns IMMER für euch ein. Die Tarifverhandlungen werden wahrscheinlich gerade beendet sein, wenn ihr den Report in den Händen haltet. Unsere Forderungen stehen fest. 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens 500 Euro!
Die Polizei Hessen macht seit Jahren unter großer Belastung einen guten Job, wie die letzten Kriminalstatistiken beweisen und von Jahr zu Jahr ein besseres Bild der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen aufzeigen. Doch diese Wertschätzung zeigt sich nicht in den Handlungen der politisch Verantwortlichen. Auch hier muss, zusätzlich zu den Lohnsteigerungen der Tarifverhandlungen, ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Die Polizei Hessen befindet sich leider immer noch im unteren Bereich der Besoldungstabelle, darüber kann die zweigeteilte Laufbahn auch nicht hinwegtäuschen. Diesem Umstand muss endlich Abhilfe geschaffen werden, gerade im Hinblick auf die Konkurrenzsituation zu den anderen Bundesländern. Die Polizei Hessen muss wieder attraktiv als Arbeitgeber werden, sonst können wir die Herausforderungen der folgenden Jahre und die Gewinnung vom dringend benötigten Nachwuchs nicht erreichen. Schon jetzt fehlt der Nachwuchs auf die vorhandenen Stellen!
EINE AMTSANGEMESSEN BESOLDUNG MUSS ENDLICH UMGSETZT UND EINGEFÜHRT WERDEN!
Wir brauchen endlich mehr Tarifstellen und mehr Höhergruppierungsmöglichkeiten!
Wertschätzung für die Beschäftigten der Hessischen Polizei, endlich müssen den schönen Worten Taten folgen!
WIR bleiben am Ball und werden diese Wertschätzung für Euch weiterhin einfordern und kämpfen!
Wir sind in jeder Situation eures Berufslebens bei euch und unterstützen, so gut es uns möglich ist. Zum Beispiel kämpft die GdP ständig für eine bessere Ausstattung der Kolleginnen und Kollegen. Sei es der Teleskopschlagstock, die neue Schutzweste, der Fuhrpark, die Verbesserung der Uniform, IT-Ausstattung oder Softwarelösungen bzw. -anwendungen. Die GdP zeigt auf, was verbessert werden muss!
Und gerade in Verbesserungen der Ausstattung zeigt die GdP Durchhaltevermögen. Die Einführung des DEIG, umgangssprachlich TASER genannt, hat viel Mühe und Zeit gekostet. Angefangen mit einem Expertenforum blieb die GdP am Ball und konnte die politisch Verantwortlichen zum Probelauf und schließlich zur flächendeckenden Einführung im Lande Hessen bewegen. Dies war einzig und alleine der Verdienst der GdP Hessen, die hier deutlich machte, dass es Durchhaltevermögen, Expertise und einen langen Atem benötigt, um schließlich erfolgreich zu sein.
Aber bei der Ausstattung macht die GdP nicht halt, sondern auch die persönliche Weiterbildung liegt uns sehr am Herzen.
Dies sieht man auch daran, dass die GdP ein eigenes Fortbildungsprogramm hat und damit euch für den Dienst vorbereiten und unterstützen möchte. Aber auch Entspannungs- und Stressseminare gehören zum Programm. Die aktuellen Seminare und die Ankündigung der Neuen findet ihr immer auf unserer Internetseite www.gdp.de/Hessen und dort im Reiter Seminar. Schaut einfach rein, hier ist für jeden etwas dabei. Dies macht NUR die GdP Hessen so umfassend und mit so qualitativ hochwertigen Seminaren, die in der Mitgliedschaft kostenfrei enthalten sind. Seminar, Fahrtkosten, Essen und Unterkunft ist alles inklusive!
Vergleicht gerne unsere Leistungen und ihr werdet sehen, dass die GdP die beste Berufsvertretung für euch ist. Denn wir stehen allumfassend für unsere Mitglieder ein, bieten ein Rundumpaket und sind **IMMER FÜR EUCH DA!**
Und noch eine Unterscheidung in diesem Bereich ist, dass wir mit den Vertrauensleuten auf jeder Dienststelle vertreten sind. Kurze Wege zu eurer GdP, damit ihr im Bedarf schnell Hilfe bekommt. Dies ist auch eine Leistung der GdP, wir sind für EUCH da! IMMER!
Damit ihr wisst, wer denn bei euch vor Ort die GdP vertritt, stellen wir im Polizeireport auch die jeweiligen Kandidaten vor. Für jeden Bereich sind wir da und vertreten daher den gesamten Polizeibereich im neu gewählten Personalrat. Was jetzt nur noch fehlt, ist eure Stimme.
Deshalb heißt es vom **13.-17.05.2024** für euch bei der Personalratswahl – **LISTE GdP WÄHLEN!**
#immerda GdP
Bis dahin verbleiben wir mit kollegialen Grüßen,
Jochen Zeng und Christian Richter

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppe Frankfurt
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
für den Großraum Frankfurt am Main

der Bezirksgruppe Südhessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
für Südhessen mit den Kreisen
Groß-Gerau, Darmstadt-Dieburg, Bergstraße,
Odenwald und D V/S Südhessen

Herausgeber:
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrherr
(Landesvorsitzender GdP Hessen)
Verleger:
POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud
Büro Frankfurt:
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon 069 7891652
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Oliver Jochum, Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:
für die BZG Frankfurt:
Jochen Zeng (V.i.S.d.P.), Petra Moosbauer
Gewerkschaft der Polizei, BZG Frankfurt
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt/M.
für die BZG Südhessen:
Christian Richter (V.i.S.d.P.)
Die Bezirksgruppe Südhessen im Internet:
PolReport.SH@gdphessen.de

Druck und Verarbeitung:
Saxoprint GmbH, Enderstraße 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 1869-6805)

DEMOKRATIE BRAUCHT ZEICHEN DER SOLIDARITÄT!

GROSSDEMONSTRATIONEN GEGEN RECHTE STRÖMUNGEN – DIE GDP WAR DABEI

Deutschland steht auf gegen „Rechts"! Endlich! Haben wir alle zulange weggeschaut, nicht hingehört oder verdrängt? Woher kommt die Politikverdrossenheit und die hohe Anzahl derer, die auch durch Wahlverweigerung das Dilemma sinkender Wahlbeteiligungen allenthalben verantworten?

Der Rechtsruck in Europa ist nicht neu. Despoten, wie in der Türkei und in Ungarn, haben Konjunktur. Sie machen sich mit den Kriegstreibern in Moskau gemein, während ihre Völker mit horrenden Inflationsraten um die täglichen Existenzen, in Istanbul und anderswo, kämpfen müssen.

Der Terror im Nahen Osten hat nie aufgehört

Wann erinnern wir uns daran? Seit Beginn des Überfalls der Terrororganisation Hamas auf Israel wird vielen von uns erst oder gar wieder bewusst, was „Nah-Ost – Krieg" ist. Auch in der Ukraine herrscht noch immer Krieg. Mitten in Europa.

Dauer ungewiss. Berichterstattungen aus Kiew und anderen Städten der Ukraine findet man immer häufiger nicht mehr auf den ersten Seiten der medialen Berichterstattungen.

Die „Bundesampel" in Berlin

Die „Bundesampel" in Berlin sorgt durch „ihre teilweise ungeordnete Politik" mit dafür, dass sich viele Wählerinnen und Wähler von der Politik abwenden. Der Nährboden für radikale, antisemitische und rassistische Meinungsmacher wird damit unbewusst gefördert und die AfD jubelt monatlich über neue Rekorde in Sachen Mitgliedergewinnung. Nicht nur im Osten der Bundesrepublik!

Das ist wahrlich eine schlechte Anamnese für unsere Demokratie! Ist doch die Demokratie die beste Staatsform, wie viele von uns finden! Stimmt mein Befund?

Oder sind noch viele andere Gründe verantwortlich dafür, dass wir Demokraten Riesensorge davor haben, dass anstehende Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und in Thüringen einen „rechten Wahlgewinner" hervorbringen, der in öffentlichen Bekundungen davon träumt, „als AfD sich Deutschland endlich zurück holen zu wollen!"

Zurückholen? In das dunkelste Kapitel Deutschlands? Mir wird bei dem Gedanken speiübel!

Ja, Millionen Menschen in Deutschland und hunderttausende in Hessen bekunden, dass sie die „Nationalsozialisten" und „Rassisten" satthaben. Und die Scharfmacher der AfD natürlich!

Geheimplan gegen Deutschland:

Das Fass geriet zum überlaufen, als „Correktiv" von den Machenschaften der Rechten berichtete. Geheimplan gegen Deutschland: Von diesem Treffen sollte niemand erfahren: Hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer kamen im November in einem Hotel bei Potsdam zusammen.

Sie planten nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland.

Wiesbaden steht auf:

Steht auf, wenn ihr Demokraten seid, rufe ich an einem regnerischen Abend mit über 15.000 Gleichgesinnten in der hessischen Landeshauptstadt! 15.000 Menschen, generationsübergreifend, waren am 25. Januar am Hauptbahnhof in Wiesbaden, friedlich, zusammengekommen. Unsere GdP-Abordnung konnte sich sehen lassen. Gelbe Westen mit unserem GdP-Stern ließen hier und da andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Versammlung freundliche Kommentare in unsere Richtung schallen:

> *„GdP-Mitglieder, die sich mit ihrer Parteimitgliedschaft zur AfD bekennen, sie unterstützen oder mit ihr sympathisieren, fordern wir umgehend auf, die gewerkschaftliche Solidargemeinschaft zu verlassen. Sie sind in der GdP ausdrücklich nicht willkommen".*
> Jens Mohrherr - GdP-Landeschef

Die Gewerkschaft der Polizei ist ja auch da. Ja, was denn sonst? Wir sind Mitglied im Wiesbadener Bündnis für Demokratie – seit langem.

Unser Kurs ist klar:

Unsere Demokratie ist alternativlos! Wir wollen mehr Demokratie am Arbeitsplatz, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft! Menschenverachtung und Intoleranz haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Die Freiheit, der Zusammenhalt und die Demokratie in Deutschland stehen auf dem Spiel!



Die AfD und andere Verfassungsfeinde planen, Menschen aus Deutschland zu deportieren. Die GdP fordert ihre Mitglieder auf, aufzustehen, mitzugehen und ganz klar NEIN zu sagen! Unsere Kern DNA ist das Bekenntnis zur Demokratie und damit zu unserem Rechtsstaat!

Wir müssen als Gesellschaft mehr tun, um „Rattenfängern" und „Meinungsmachern aus dem rechten Spektrum" kraftvoll entgegen zu treten. Die Gesellschaft darf sich nicht zurücklehnen und abwarten, wie es in und mit unserem Land weitergeht.

Gemeinsam sind wir stark! Braune Hetze gegen Ausländer und Andersdenkende durch „sog. Politiker", die sich in der AfD als „Saubermänner" generieren, dürfen in unserer Gesellschaft kein Gehör finden!

AfD unvereinbar mit GdP

Wer unser Zusammenleben in Frage stellt oder angreift, ist bei der GdP unerwünscht! Gleichzeitige Mitgliedschaften in der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) sind nach einem Bundesvorstandsbeschluss der GdP nicht vereinbar.

GdP-Mitglieder, die sich mit ihrer Parteimitgliedschaft zur AfD bekennen, sie unterstützen oder mit ihr sympathisieren, fordern wir umgehend auf, die gewerkschaftliche Solidargemeinschaft zu verlassen. Sie sind in der GdP ausdrücklich nicht willkommen.

Unsere GdP-Kern-DNA

Wir, die Gewerkschaft der Polizei (GdP), sind eine politische Organisation, die sich unabhängig von Regierungen, Verwaltungen, politischen Parteien und Religionsgemeinschaften für die beruflichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Interessen der Beschäftigten und ehemals Beschäftigten der Polizei einsetzen. Wir bekennen uns zur freiheitlichen demo-

kratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und lassen uns von Zielsetzungen leiten, von demokratischen Prinzipien und von den Grundrechten, wie sie in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt sind!

Wir setzen uns für den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ein. Undemokratische Bestrebungen jeder Art lehnen wir ab!

Die Gewerkschaft der Polizei wird sich weiterhin dafür einsetzen, das hohe Vertrauen, das die Bevölkerung in die deutsche Polizei hierzulande hat, zu bewahren und allen Versuchen, die Demokratie zu gefährden, die Gesellschaft zu spalten und die Polizei zu instrumentalisieren, entschieden entgegentreten.

Die AfD – eine Gefahr für unsere Demokratie

Nach meiner Ansicht ist die Alternative für Deutschland (AfD) eine menschenverachtende Partei, die sich weder der Demokratie noch der historischen Verantwortung Deutschlands verpflichtet fühlt.

"Die Rechten versuchen, mit den Mitteln der Demokratie diese Demokratie abzuschaffen. Sie dürfen aber nicht erfolgreich sein. Dafür braucht es alle Demokraten, dies zu verhindern - jetzt"

Die AfD erteilt der parlamentarischen Demokratie eine Kampfansage. Eine konstruktive parlamentarische Oppositionsarbeit zur Lösung komplexer Probleme findet in der Regel nicht statt.

Vielmehr ignoriert sie den gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Konsens. Die AfD bietet keine Lösungen zur Bewältigung der nationalen und globalen sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen an. Ihr Ziel ist es, mit Provokationen und Inszenierungen medienwirksam aufzufallen und mit den Mitteln der Demokratie die Demokratie abzuschaffen.

Die AfD ist nach unserer Auffassung eine im Kern rassistische, nationalistische, menschenverachtende, demokratie- und gewerkschaftsfeindliche Partei, deren politische Bestrebungen den Grundsätzen und Werten eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats und dem solidarischen Prinzip der Gewerkschaft der Polizei konträr entgegenstehen.

Die AfD ist demokratisch gewählt, sie ist aber nach Bewertung der GdP keine demokratische Partei.

Unsere GdP steht als einzige Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte mit einer klaren Abgrenzung gegenüber der AfD für ihre Werte ein. Menschen- und Grundrechte sind mit uns nicht verhandelbar. Ein Blick in unser Grundgesetz macht deutlich: Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die im Mai anstehenden Personalratswahlen sind Ausdruck unserer Demokratie. Ich würde mich freuen, wenn ihr nicht nur von eurem Wahlrecht Gebrauch macht, sondern die Liste der GdP-Kandidatinnen und Kandidaten vom 13. bis 17. Mai 2024 wählt! ■

Jens Mohrherr

Vorbereitung auf den Ruhestand

Dem neuen Lebensabschnitt das Beste abgewinnen

Wer kann daran teilnehmen?

Alle Kolleginnen und Kollegen (Mitglieder) ab 2 Jahre vor dem Eintritt in den Ruhestand bzw. in die Rente und alle Kolleginnen und Kollegen, die weniger als 24 Monate im Ruhestand sind

Auf was könnt ihr euch freuen?

- Vorsorge und Vorsorgeverfügungen
- Was kommt danach? Abschluss des Berufslebens
- Änderungen bei der Beihilfe im Ruhestand
- Versicherungsangelegenheiten im Ruhestand
- Hinterbliebenenversorgung, Witwengeld u.a.
- Aktuelle gewerkschaftliche Infos
- Kultureller und touristischer Teil

Und wann findet das Ganze statt?

15. bis 17. Oktober 2024

Wo findet das Seminar statt?

Landgasthof Bechtel, Vor der Brücke 4
34628 Willingshausen-Zella
Homepage: www.hotel-bechtel.de

Was gilt es zu beachten, wenn ich/wir teilnehmen möchten?

Die GdP bietet ihren Mitgliedern dieses Seminarformat an, um sie auf den neuen, dritten Lebensabschnitt vorzubereiten und ihnen Anregungen und nachhaltige Gedankenanstöße mitzugeben. Der Eintritt in den Ruhestand ist heute nicht mehr gleichbedeutend mit dem Verlust von Kontakten und Lebendigkeit – im Gegenteil:

Für viele von uns sind die mit Beendigung des aktiven Berufslebens zur Verfügung stehenden Möglichkeiten eine Bereicherung des Alltags.

Für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind zwei Übernachtungen im Hotel „Bechtel" und drei Tage Vollpension inklusive. Tagungsgetränke und Vorträge der Referenten ebenso.

Reisekosten werden nicht erstattet

Und wie kann man sich dafür eigentlich anmelden?

Die Anmeldung erfolgt ausschließlich über das Formular auf der Homepage der GdP Hessen:

www.gdp-hessen.de. Dort unter „Leistungen/Seminare".

Reservierungen oder Vormerkungen sind nicht möglich.

Wartelisten aus dem Vorjahr werden berücksichtigt.

Ich habe Fragen – wer kann mir denn weiterhelfen?

Wendet euch ganz einfach an:

- Bernd Braun, E-Mail: seniorengruppe@gdphessen.de, oder
- bei den Seniorenvertretern der GdP-Bezirksgruppen, oder
- natürlich auf der GdP-Geschäftsstelle unter 0611-992270

Redaktion ■



STÄRKE DER DEMOKRATIE SIND IHRE DEMOKRATEN

DIE WEHRHAFTIGKEIT UNSERER DEMOKRATIE IST MEHR GEFORDERT DENN JE

Es wird einem schon Angst und Bange, blickt man auf die nahezu wöchentlich steigenden Zahlen der Unterstützung für die sog. „Rechten" in der Bevölkerung. Als Reaktionen hört man sehr oft „das war doch schon immer so" oder „das legt sich doch von selbst wieder". Ist das so oder nehmen wir alle das zu sehr auf die leichte Schulter. Die Fakten kämpfen gegen die Fiktionen. Wir müssen neu lernen, was die Folgen der Fakten sind. Wenn wir sie nicht bekämpfen.

Die Nationalsozialisten in Deutschland sind auf dem Vormarsch, im wahrsten Sinne des Wortes. Die Geschichte lehrt gerade uns, welche verheerenden Folgen solche Ideologien und autoritäre Regime haben. Angesichts dieser Entwicklung ist es entscheidend, die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie nicht bloß zu betonen, sondern sie jetzt aktiv zu verteidigen.

Unsere Demokratie ist das kostbarste Gut, das auf den Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit beruht.

Aber plötzlich steht sie auf der Kippe. Alleine kann sie sich nicht derer erwehren, die sie, und das ist das Perverse daran, mit den Instrumenten der Demokratie bekämpfen. Es ist umso wichtiger, dass die Demokratinnen und Demokraten aktiv teilnehmen, aufstehen und alles dafür tun, um die rechten Fakten nicht in der befürchteten Fiktion enden zu lassen.

Nur die offene und aufgeklärte Gesellschaft kann den Boden für extremistische Ideen weniger fruchtbar machen.

Unsere politischen Akteure jeglicher demokratischer Coleur müssen ihrer Verantwortung endlich gerecht werden.

Schaut man sich derzeit Debatten in den Medien und Parlamenten etwas genauer an und hört auch aufmerksam zu, entsteht ein verzerrtes Bild. Alle Protagonisten scheinen sich einig, wenn es darum geht, unsere Demokratie zu verteidigen. Aber welche Sprache sprechen die Fakten in der politischen Umsetzung?

Man streitet sich, unentwegt und öffentlich. Die Bundesregierung ist ein schillerndes Beispiel hierfür. Nahezu nichts, was eigentlich intern bleiben sollte, bleibt auch dort. Es wird parteipolitisch gestritten und der gemeinsame Konsens geht verloren.

Weshalb ist das so, fragen sich viele in unserem Land. Im Ergebnis schauen sie hilflos auf das, was dort passiert.

Eigentlich sollten doch alle demokratischen Volksvertreter einig sein beim Kampf gegen jede rechte Erstarkung.

In der politischen Umsetzung scheint es aber so, dass die parteipolitische Brille nicht abgesetzt „werden darf". Mit eklatanten Folgen.

Bürgerinnen und Bürger sind hilflos und glauben nicht mehr an ihre Regierung(en).

Und genau hier liegt der Hund begraben, wenn ich das so bezeichnen darf.

Die Politik, allen voran die Bundesregierung, ist verantwortlich, demokratische Prinzipien zu verteidigen und sich gegen extremistische Tendenzen auszusprechen.

Gleichzeitig sollten sie auf die Sorgen und Ängste der Bevölkerung eingehen, um den Nährboden für extremistische Ideen zu minimieren. Sich vor die Bürger und gegen die Rechten stellen.

Einigkeit ist erforderlich, nicht der Kampf um politische Führung.

Der Einsatz für Bildung und die Aufklärung über die Gefahren extremistischer Ideologien ist ein weiterer wichtiger Aspekt. Menschen sollten in die Lage versetzt werden, kritisch zu denken, Fakten von Fiktion zu unterscheiden und sich aktiv für demokratische Werte einzusetzen.

Geschieht dies nicht, kommt es zu dem, was wir offensichtlich zunehmend feststellen müssen.

Ein Großteil der Menschen vertraut den politischen Demokraten nicht mehr und sie flüchten mit ihrer Wahl in eine gefährliche Welt des Rechtsextremismus.

Offensichtlich, so zumindest Studien, ist ein großer Teil von AfD-Wählern nicht gemein mit den Programmen, oder gar mit den rechten Debatten und Aussagen in der Öffentlichkeit.

Hier ist der Ansatz, der her muss, um ihnen Einhalt zu gebieten. Denn dieser große Teil der Wählerinnen und Wähler sind keine Nazis. Sie fühlen sich aber im politischen Gefüge nicht mehr repräsentiert, die Gründe habe ich bereits oben beschrieben.

Was also tun in dieser schlimmen Situation? Ein Aufstand der Anständigen ist ein guter Ansatz. Wir erleben ihn seit Jahresbeginn auf unseren Straßen und Plätzen.

Es gehören aber auch die politischen demokratischen Verantwortlichen zu den Anständigen. Sie müssen vorausgehen mit allem, was sie aufbieten können.

Nicht mit Streit, sondern einer nie zuvor erforderlich gewesenen Gemeinsamkeit.

Der Nährboden der Rechten kann nur entzogen werden, wenn ihnen die Themen genommen werden, mit denen sie punkten.

Raus aus der Schutzzone und runter von der Couch.

Was lernen wir also, um unterscheiden zu können, was Fakt und was Fiktion ist?

Es hilft nicht, sich stetig und hinter verschlossenen Türen in seiner Schutzzone zuhause auf der Couch verwundert zu zeigen über die bedenklichen Entwicklungen.

Ebenso hilft es nicht, wenn sich politische Demokraten gegenseitig so bekämpfen, dass sie keine Wahlalternative mehr für die Abgewanderten sind.

Aufstehen ist angesagt, runter von der Couch und raus auf die Straßen an die Öffentlichkeit. Die Stärken der Demokratie sind ihre Demokraten.

Politik muss wieder überzeugen und auch mal über ihre eigenen Schatten springen, wenn es darum geht, mit einer und keiner parteipolitischen Stimme zu sprechen.

Wer sich nicht nur verwundert über den Rechtsruck zeigt, sondern auch Angst vor dieser Entwicklung hat, ist geradezu aufgerufen, seine demokratischen Möglichkeiten zu nutzen.

Also ab an die Wahlurnen in dieser Republik.

Nichtwählen und sich auf der zitierten Couch über Extremismus zu ärgern, reicht nicht. Betrachtet man die Wahlbeteiligungen der letzten Jahrzehnte, ist dies eine bedenkliche Entwicklung. 1972 bis 1983 bei ca. 90%, liegt diese bei ca. 76% in 2021. Schauen wir nach Hessen, waren dies 1970 bis 1983 weit über 80%. Bei der Wahl 2023 gerade noch 66%.

Und weiter nach unten in die Städte und Kommunen blicken wir besser nicht.

Was ist die Alternative? Sicher nicht die Antidemokraten der AfD und andere Populisten. Keiner möchte sie, also müssen wir sie es wissen lassen.

Wie? – Wählen gehen! ■

Peter Wittig

MITBESTIMMUNG – NUR MIT UNS!

Unter diesem Motto stand der erste Mitbestimmungsgipfel der GdP. Am 29. und 30. Januar 2024 fand diese neue Form der Veranstaltung großen Anklang in der Gruppe der behördlichen Ansprechpartner. Egal, ob Personalräte, Gleichstellungsbeauftragte oder Schwerbehindertenvertretende und die Vertreter der Jugend- und Auszubildendenvertretungen, alle hatten eine gemeinsame Botschaft. Demokratie heißt Teilhabe und Teilhabe heißt Mitbestimmung!



Bilder: Kay Herschelmann

Für den Landesverband der GdP Hessen durften Anja Aßmann als Gleichstellungsbeauftragte, sowie Karsten Bech (li.) und Daniel Klimpke (re.) für den Hauptpersonalrat der Polizei Hessen teilnehmen.



Bereits die Anfahrt war auf Grund der noch vorhandenen Auswirkungen des Bahnstreiks besonders.

Wie bei solchen Veranstaltungen üblich, bildeten Grußworte von prominenten Gästen den Beginn des Mitbestimmungsgipfels.

Der Journalist Christoph Tiegel (u. a. WDR) eröffnete gekonnt professionell und leitete in die Veranstaltung ein. Nachdem Sven Hüber vom geschäftsführenden Bundesvorstand die anwesenden Teilnehmer begrüßte, sprachen nacheinander die amtierende Bundesinnenministerin, Nancy Faeser, die Bundesvorsitzende des DGB, Yasmin Fahimi und der Bundesvorsitzende der GdP, Jochen Kopelke ihre Grußworte.

Jeder Redende hatte eigene Schwerpunkte, die ihnen wichtig waren.

Während Frau Faeser auf die Einführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage im Bund anspielte (in Hessen ist Sie es uns, trotz ihrer Überraschtheit, ja noch schuldig!!!), sprachen Yasmin Fahimi und Sven Hüber von den Herausforderungen der Digitalisierung und einer möglichen Transformation der Arbeitswelt und damit auch des öffentlichen Dienstes.

Wichtig war auch die Botschaft, dass Mitbestimmung kein Bremsklotz darstellt – im Gegenteil, Sven Hüber sprach deutlich die Botschaft aus, dass gleichberechtigte Teilhabe und Mitbestimmung eine „Gelingensbedingung" des Gesamtprozesses darstellt. Hier wurde deutlich das Unverständnis darüber ausgedrückt, dass es bundesweit zwar ein Betriebsverfassungsgesetz gibt, jedoch 17 verschiedene Personalvertretungsgesetze. Dies ist ähnlich den Besoldungsgesetzen nicht nachvollziehbar und für eine gelebte Demokratie hinderlich. Das Motto kann demnach nur lauten: „Gleiche Arbeit, gleiche Rechte, gleicher Lohn!"

Auch Jochen Kopelke sprach klare Botschaften an die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes aus. Kernpunkt war dabei das Thema „gesunde Arbeit". Hier liegt einer der Schwerpunkte auf der Reduzierung der Wochenarbeitszeit. Allen voran ist Schichtdienst im Rahmen einer 41 Stunden-Woche unbestritten gesundheitsschädlich für den Körper. Die Mitbestimmung im Bund, bei den Kommunen und den Ländern ist und bleibt eine Baustelle!

Hauptbestandteile des 1. Mitbestimmungsgipfels der GdP bildeten die vier Fachforen. Hier wurden alle Kernpunkte der Mitbestimmung angetickert, um auch in Zukunft nicht nur handlungsfähig zu sein, sondern auch schlagkräftig für die Beschäftigten agieren zu können.

Die Fachforen gliederten sich in die Themenblöcke

- *A (Wir wollen Wahlen gewinnen!)*
- *B (Nachwuchs dringend gesucht!)*
- *C (Zukunftsmodell Beschäftigtenvertretung) und*
- *D (Offenes Austauschforum zu Fragen aus der Mitbestimmung).*

Die Fachforen wurden durch verschiedene Mitglieder aus dem Kreise der Teilnehmer geleitet. Für den Block **„Wir wollen Wahlen gewinnen!"** zeichneten die Kollegen Michael Maatz und Jan Vellemann verantwortlich. Hier wurden unter anderem die guten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen vorgestellt.

Eine der Kernbotschaften kristallisierte sich sehr schnell heraus. Der persönliche Kontakt, vornehmlich in Präsenz ist und bleibt das A und O der Beschäftigtenvertretung. Nur so kann das nötige Vertrauen gewonnen werden, welches sich auch in der Wahlbeteiligung widerspiegelt.

„Nachwuchs dringend gesucht" stand unter der Regie der Bundesjugendvorsitzenden Jenny Otto und dem Kollegen Martin Hellweg vom Hauptpersonalrat Niedersachsen. Hier wurde unter anderem das Themenfeld beackert, wie man die Funktion eines Ansprechpartners, egal welcher Fachrichtung, wieder attraktiv für den Nachwuchs gestalten kann.

Hierbei spielt unter anderem auch die Personalentwicklung eine große Rolle. Auch sogenannte Exit-Strategien sind hier in Betracht zu ziehen, da nicht jeder beginnend in einer JAV über den Personalrat oder die Gleichstellungsbeauftragung in den Ruhestand zu gehen vermag, bzw. dies auch möchte.

Für das Forum **„Zukunftsmodell Beschäftigtenvertretung"** bildeten Sven Hüber und Christian Ehringfeld das Mo-



deratorenteam. Das Thema Zukunft der Beschäftigtenvertretung bietet zahlreiche Herausforderungen. Neben der Digitalisierung bieten auch der Einsatz von künstlicher Intelligenz und der Datenschutz weitere Themenfelder, die viele Risiken aber auch Möglichkeiten darstellen.

Die Bundesfrauenvorsitzende Erika Kraus-Schöne zeichnete sich ihrerseits für das offene Austauschforum zum Thema „Fragen aus der Mitbestimmung" verantwortlich. Hier fand ein bunter Austausch zu allen möglichen Themen der personalrätlichen Mitbestimmung statt.

Alle Teilnehmer waren gehalten, sich für einen Tag in einem Fachforum einzubinden. Mit dieser Methodik, dass alle Fachforen doppelt besetzt waren, konn-



ten breit gestreute und gute Ergebnisse erzielt werden, die im Nachgang natürlich durch die GdP weiter genutzt und ausgebaut werden.

Nach der Vorstellung der Ergebnisse der Fachforen ging der Mitbestimmungsgipfel mit weiteren Impulsvorträgen in den Endspurt.

Unter anderem führte Sven Hüber mit einem interessanten Beitrag über die Transformation der Arbeitswelt in einen ersten Austausch ein.

Danach stellten die Kollegen aus Niedersachsen ihr Projekt „Polizeischutz für die Demokratie" vor. Hierfür erhielten sie im Jahr 2023 den viel beachteten Personalrätepreis.

Den Abschluss der absolut gelungenen Veranstaltung bildete eine Fishbowl-Diskussion zum Thema „Gemeinsamer Mitbestimmen". Denn die wichtigste Botschaft des Gipfels ist, dass es nur gemeinsam gehen kann. Teilhabe und Mitbestimmung könnte man auch mit #wirallezusammen übersetzen. ■

Daniel Klimpke

BEH. RECHTSSCHUTZ IST FÜRSORGE – KEIN ALMOSEN

BESCHÄFTIGTE SIND BEI DER HILFESUCHE MEIST DIE OPFER IM EIGENEN SYSTEM

Nach jahrelangen Erfahrungen im aktiven Dienst rund um das Thema „Rechtsschutz für Landesbedienstete" werfe ich inzwischen einen „externen Blick" darauf. Zu meinem großen Erschrecken muss ich aber feststellen, dass sich offensichtlich die Grundeinstellung bei vielen Präsidien und Behörden so darstellt, als wäre dieses Instrument ein Luxusgut, und kein Recht auf Fürsorge für die Beschäftigten.

Ich erinnere mich persönlich sehr genau zurück in die Entstehungsgeschichte dieser Rechtsgrundlage, seinen Beschäftigten Rechtsschutz zu gewähren für Vorkommnisse, die sie im täglichen Dienst erleiden müssen. Schutz für diejenigen, die den Staat schützen, war die Antriebsfeder, die letztlich auch mit Geleitschutz des Hauptpersonalrats der Polizei geboren wurde.

Gemeinsam war man, so darf ich sagen, stolz darauf, nach jahrelangem Kampf endlich ein Instrument gefunden zu haben, mit dem unsere „Opfer in den eigenen Reihen" Hilfe erlangen können.

Schon zu aktiven Zeiten in vielen Fällen als Bevollmächtigter erlebt, scheint sich jedoch dieses Rechtsinstrument in das Gegenteil zu verkehren. Wird es doch als offensichtlich reiner Luxus angesehen, dass Beschäftigte nun auch noch einen dienstlichen Rechtsschutz genießen.

Hat man nämlich einen tieferen Einblick in die Antragsverfahren mit den entsprechenden Bescheiden, kann sich der Kopf gar nicht schnell genug schütteln, um das Unverständnis wieder aus demselbigen herauszuschleudern.

Ja, es wird vermehrt Rechtsschutz nach den „VV Rechtsschutz für Landesbedienstete" gewährt. Die materielle Sachverhaltsprüfung der Behörden wird auf mehreren Seiten nachvollziehbar dargestellt und mündet dann in sehr hoher Zahl der Fälle zu der Entscheidung:

„Aus den vorgenannten Gründen gewähre ich Ihnen Rechtsschutz nach den Vorschriften der VV Rechtsschutz für Landesbedienstete".

Freude kommt auf bei den Antragstellern. Freude und auch Beruhigung, denn ohne anwaltliche Begleitung ist man doch ziemlich auf sich alleine gestellt.

Doch langsam, einige Absätze weiter kommt dann die Ernüchterung. Die finanzielle Unterstützung wird dann, ich fasse es kurz, auf die „Mittelgebühr des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes" beschränkt. Was bedeutet das eigentlich?

In den Anlagen des o.g. Gesetzes (RVG) wird festgelegt, für welche Tätigkeiten ein Anwalt welche Gebühren verlangen darf. Hier gibt es einen sog. Gebührenrahmen. Ein Beispiel. Gebührennummer 4108:

Terminsgebühr je Hauptverhandlungstag für ein Termin vor dem AG, 1. Instanz.

Hierfür ist ein Rahmen von 77,00 bis 528,00 € vorgesehen. Die Mittelgebühr ist parallel dazu festgelegt mit 242,00 €.

Anhand dieser Leistungen berechnet ein Anwalt seine Gebühr. Diese stellt er dann im Rahmen des genehmigten behördlichen Rechtsschutzes der Behörde in Rechnung. Und hier beginnt das Dilemma. Ich kenne aus meinen Erfahrungen nahezu keinen Anwalt, der zur Verteidigung eines Polizeibeamten die gesetzliche Mittelgebühr abrechnet.

Im Gegenteil, der Aufwand ist nachvollziehbar in den letzten Jahren gestiegen. Es bedarf umfangreicher Verteidigungsstrategien, insbesondere vor Gericht.

Sachverhalte müssen detailliert und praxiskonform aufgearbeitet werden, um die bestmögliche Verteidigung zu gewährleisten. So macht es schließlich auch die Staatsanwaltschft in ihrer Anklage.

Dazu kommen neben dem Strafrecht noch wichtige erforderliche Kenntnisse über das Beamten- und Disziplinarrecht.

Und dann, legt man den Behördenbescheid neben die Honorarforderung des Anwalts, klaffen Lücken teils von tausenden Euro. Und die soll der Beschäftigte dann selbst tragen?! Erbärmlich.

Liebe Behördenleiterinnen und Behördenleiter, nehmen sie bitte das Instrument Rechtsschutz als Fürsorge ernst und genehmigen Sie die Deckungszusagen ohne finanzielle Einschränkung. Dies gibt nämlich die gesetzliche Grundlage her. Lassen Sie die Beschäftigten nicht im Regen stehen! Tun Sie nicht so, als wäre das ein reiner Beamtenluxus oder gehen davon aus, dass ja jeder eine Versicherung hat, oder Gewerkschaftsmitglied ist. Wir jedenfalls lassen unsere Mitglieder nicht alleine! ■

Peter Wittig

INNENMINISTER UND GDP IM POSITIONSAUSTAUSCH

PERSONELLE MEHREINSTELLUNGEN BEI DER HESSISCHEN POLIZEI ANGEKÜNDIGT!

Gut 14 Tage nach der Vereidigung der hessischen Landesregierung und Ernennung der Ressortverantwortlichen Minister und Staatssekretäre nahm ich im Auftrag von knapp 14.000 Mitgliedern unserer GdP als deren Vorsitzender die Einladung von Prof. Dr. Poseck gerne an, zu einem ersten Austausch im Ministerium zusammen zu kommen.



Die GdP beauftragte mich in unserer Beiratssitzung im September 2023 in Frankfurt am Main, einem neuen Innenminister den seiner Zeit beschlossenen GdP Plan für die hessische Polizei zeitnah vorzustellen.

Vorangegangen waren zwei persönliche Gespräche, die Herr Poseck und ich anlässlich des Neujahrsempfanges und seiner Amtseinführung geführt hatten. Minister Prof. Dr. Roman Poseck wurde beim Gespräch von seinem Staatssekretär, Martin Rößler, begleitet. Zudem waren weitere Mitarbeiter des Ministerbüros anwesend.

In angenehmer Atmosphäre erläuterte Innenminister Poseck zunächst die Situation, in der sich Gesellschaft und Polizei nach seiner Einschätzung befinden.

Der Koalitionsvertrag, der die Weichen für die innere Sicherheit in Hessen stellen wird, bildet Grundlage des Regierungshandelns. Hinzu kommt natürlich die Haushaltslage. Die Beratungen zum Landeshaushalt für das nächste Jahr werden bald beginnen, zuvor wird es höchstwahrscheinlich unumgänglich sein, einen Nachtragshaushalt zu verabschieden.

Auch seinen persönlichen Werdegang ließ unser neuer Innenminister in unserem Gespräch nicht außen vor. Interessiert zeigte sich Staatsminister Poseck auch an der Arbeit der Gewerkschaft der Polizei.

Nicht nur der hohe Organisationsgrad, sondern ausdrücklich auch die auf Bundes- und Landesebene präsenten Statements der GdP sind ihm nicht verborgen geblieben. Sicherlich haben wir auch gemeinsame Schnittstellen in verschiedenen Themenfeldern.

So zum Bespiel bei der Diskussion um die Einführung einer Vorratsdatenspeicherung, um u.a. auch die Kinderpornografie besser bekämpfen zu können. Die von Hessen vorgesehene Bundesratsinitiative unterstützen wir. Die hessische Polizei braucht KI und technische Tools, so wie hessen-DATA. Diese Software ermöglicht eine ermittlungsrelevante Datenauswertung in einem engen zeitlichen Zusammenhang zur Straftat. Neben einer deutlich effizienteren Polizeiarbeit bedeute der Softwareeinsatz praktizierten Opferschutz. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen ihre herausfordernden Aufgaben mit modernen, datenschutzkonformen und harmonisierten Polizeigesetzen erledigen können.

Es trägt nicht zur Motivation bei, wenn stets damit gerechnet werden muss, dass Karlsruhe Gesetze kassiert, nur weil diese weder rechtzeitig noch intensiv genug auf Verfassungskonformität geprüft waren. Eine Aufnahme des sog. Vermummungsverbots in das Hessische Versammlungsfreiheitsgesetz begrüßt die GdP ebenfalls ausdrücklich.

Als ehemaliger Justizminister kennt unser Innenminister auch die Schnittstellen, die Polizei und Justiz gemäß ihren zugewiesenen Aufgaben wahrnehmen.

Als Leuchttürme fungieren dabei die in Hessen erfolgreich arbeitenden Häuser des Jugendrechts.

Mit Blickrichtung auf die am 14. Februar beginnenden Tarifverhandlungen vereinbarten wir schon zu Beginn unseres Austausches die nächsten persönlichen Gespräche.

Gerne stellte ich unsere GdP und im Weiteren auch Positionen aus unserem GdP Plan für die hessische Polizei vor.

Das Innenministerium, das Landespolizeipräsidium, sowie der Hauptpersonalrat der hessischen Polizei (mehrheitlich GdP-geführt) und die Gewerkschaft der Polizei haben den gesetzlichen Auftrag zur vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Besonders wichtig erschien mir im Gespräch die Darstellung der derzeitigen Stimmungslage.

Viele Dienststellen (Dienstgruppen), Kommissariate und OE'en sind personell am Anschlag.

Ermittlungsgruppen (EG'en) gehen auf dem Zahnfleisch. Polizeilicher Nachwuchs möchte nicht in die EG'en und wird „zwangsweise" in die Kommissariate und EG'en gesteckt.

Folge: Bewerbungen in andere polizeiliche Bereiche folgen auf dem Fuß. Nicht zuletzt die monetäre Schlechterstellung der EG'en und Kolleginnen und Kollegen in den Kommissariaten (bis zu 4000 Euro weniger pro Jahr) sind die Folgen. Darunter leidet selbstredend auch die Qualität der Sachbearbeitung. Denn Überbelastung und Druck sind keine Optionen für eine „lupenreine" Polizeiarbeit.

In einer Pressemitteilung am 4. Februar kündigte Innenminister Poseck zusätzliche Mehreinstellungen bei der hessischen Polizei öffentlich an

Klar ist: Unsere Kolleginnen und Kollegen möchten nach Jahren von Umsetzungsprozessen der durch die Expertenkommission festgestellten Schwachstellen im Polizeiapparat endlich in Ruhe arbeiten. Dazu gehört es auch, dass noch offene Disziplinarverfahren schnell beendet werden. Die Attraktivität des Polizeiberufs in Hessen bedarf einer sofortigen und schnellen Optimierung.

Die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die sofortige Erhöhung dergleichen wären erste Schritte.

Verfassungswidrige Besoldung betrifft die gesamten hessischen Landesbeamtinnen und -beamte. Nach unserer Meinung muss die Landesregierung jetzt schnell einen Lösungsprozess initiieren und wirksame Umsetzungen anstoßen.

Zur finanziellen Vorbelastung bei anstehenden Haushaltsberatungen gehören neben der verfassungswidrigen Beamtenbesoldung auch die möglichen tariflichen Abschlüsse, die auf Hessen zukommen.

Klar ist: Hessen darf nicht schlechter abschließen als die Tarifgemeinschaft der Länder! Wir werden jedenfalls dafür gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen kämpfen, dass der Druck auf die Arbeitsgeberseite enorm groß wird!

Auch unsere Tarifbeschäftigten haben einen Anspruch auf Höhergruppierungen.

Minister und Staatssekretär zeigten sich nach Darstellung der derzeitigen Eingruppierungswahrheit bei der hessischen Polizei, (die Mehrzahl unserer Kolleginnen und Kollegen sind in der EG 3 bis EG 9 eingruppiert), sichtlich betroffen und haben den Ball aufgenommen.

Weitere Themen waren die anstehende EURO 2024, das polizeiliche Zulagenwesen und die Vergütung von Bereitschaftszeiten bei der hessischen Polizei.

Letztgenannte Thematik haben wir bereits im Hauptpersonalrat im Februar in Erörterungen mit unserem Staatssekretär Martin Rößler vertieft.

Zunahme von Gewalt gegen Polizisten und andere Einsatzkräfte

Dies ist ein weiteres Themenfeld, auf das die Landesregierung schaut. Natürlich auch die GdP.

Insbesondere die Justiz kann aus Sicht der GdP durch konsequente und schnelle Urteile, die die gesamte Bandbreite des vorgesehenen Strafmaßes auch ausschöpft, als Stärke des Rechtsstaates nach außen unmissverständlich darstellen.

Übergabe der Unterschriften für die „Zulage geschlossener Einsatzeinheiten"

Nach dem persönlichen Gesprächsaustausch bot sich die Gelegenheit, in Anwesenheit der stellv. Personalratsvorsitzenden Franziska Walter und Gregor Bader, über 800 Unterschriften aus dem HPE zu übergeben.



Franziska Walter erläuterte den seit Jahren andauernden Prozess und die Forderung, den geschossenen Einheiten auf Grund des nicht vorhandenen Dienstplans und die unplanbaren Dienste, oft verbunden mit der Streichung bereits geplanter freien Wochenenden, endlich nachzukommen. Gregor Bader ergänzte, dass sich bereits mehrere personalrätliche Wahlperioden immer wieder erfolglos damit befasst haben. Auch im Vergleich anderer Bundesländer, beispielsweise mit Bayern, hat Hessen hier Nachholbedarf.

Gerade für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen, deren erste Station nach dem Hochschulstudium das HPE und damit die geschlossenen Einsatzeinheiten sind, wäre eine Zulage Antrieb für eine mittelfristige Verwendung. Diese braucht es, um professionell den schwierigen Anforderungen in den Einsätzen, die von permanenten Trainingseinheiten abhängig sind, noch besser nachkommen zu können.

Minister Roman Poseck bedankte sich abschließend gemeinsam mit Staatssekretär Martin Rößler beim Personalrat des Hessischen Polizeipräsidiums für Einsatz für das Engagement für die Beschäftigten und sagte zu, sich mit dieser Thematik intensiv zu befassen.

So endete ein erster Fachaustausch mit unserem neuen Innenminister, der sich bedankte und auf die kommende Zusammenarbeit freute. ■

Jens Mohrherr

GEWERKSCHAFT – WARUM?

ZUSAMMEN FÜREINANDER DA

Ist die Gewerkschaft wirklich heute noch notwendig, gerade als Beamter?
JA! Nun werden natürlich viele sagen, dass dies meine Antwort auf diese Frage sein muss. Aber ich denke in diesem Bezug nur an die Kolleginnen und Kollegen.
Eine Gewerkschaft ist eine Gemeinschaft, WIR sind eine Solidargemeinschaft. Viele füreinander, für den einzelnen, diesen stark gegen einen vermeintlich Größeren machen, für die Kollegen in Not da sein. DAS ist die Aufgabe einer Gewerkschaft. Arbeitsbedingungen, Ausrüstung, soziale und gerechte Arbeitsverhältnisse, angemessene Besoldung sind unsere Aufgaben und Ziele.
Dies haben schon andere festgestellt und dies als Grund für den Angriff auf unsere Geschäftsstelle in Frankfurt am Main genannt. Davon lassen wir uns, die GdP, aber nicht abhalten. Es ist unsere ureigene Aufgabe und diese werden wir immer und vor jedem vertreten.
Und das tun wir. WIR sind die einzige Gewerkschaft aus dem Polizeibereich, die bei den Tarifverhandlungen direkt am Verhandlungstisch teilnehmen und aus erster Hand die Bedürfnisse dem Dienstherrn mitteilen.
Zudem bieten wir den besten Rechtsschutz. Denn bei uns steht keine Versicherung dahinter, sondern WIR selber! WIR, Gewerkschafter, entscheiden, ob wir Rechtsschutz gewähren. Das bedeutet, dass die Entscheidung schneller ergeht und zudem die Kolleginnen und Kollegen für die/den Kollegin/en im Zweifelsfall entscheiden. Und die GdP hat auf der Geschäftsstelle einen eigenen Rechtsanwalt, welcher Fragen rund um Rechtsschutz direkt beantworten und eine erste Einschätzung seinerseits geben kann. Dies ist ein unglaublicher Vorteil.
Ein Wort möchte ich noch auf die anderen Versicherungen, vor allem auf den Regress legen. Dies ist ein großes Thema, in dem Fall wenn der Dienstherr aus verschiedenen Gründen Angestellte und Beamte in Regress nimmt. In solchen Fällen sprechen wir von grober Fahrlässigkeit, ein Begriff der in der Versicherungswirtschaft in den meisten Fällen zum Ausschluss der Leistung führt. Umso besser, dass dieser Fall bei der GdP versichert ist. Sollte es zu einem solchen Fall kommen, sind die Summen oft enorm. Selbst bei der Polizei in Frankfurt am Main kam es zu einem Regressfall in Höhe von ca. 11.000 Euro. In diesem Fall wurde das Mitglied in Regress genommen. Nach Übergabe des Sachverhaltes wurde diese Summe durch den Versicherer der GdP übernommen und das Mitglied blieb schadensfrei. Alleine ein solcher Fall macht deutlich, wie



wichtig die GdP ist und wie lange man Mitglied sein kann, bis diese Summe bezahlt wäre!
Die anderen Vorteile wie Mobiltelefone und –tarife, Fahrzeuge, Reisen, Kleidung, Freizeitpark, Apotheke, Fahrräder, Polizeiausrüstung, Fitnessstudio, Steuerhilfe, Girokonto und und und, dies bietet die GdP natürlich auch. Zudem haben wir ein eigenes Ferienhaus, wo Mitglieder mit Freunden oder der ganzen Familie Urlaub zu GdP Preisen machen können. Dies geht einfach über die GdP Geschäftsstelle zu buchen. GdP – IMMER FÜR EUCH DA!
Zudem bietet die GdP ihren Mitgliedern ein einzigartiges Lehrgangs- und Fortbildungsangebot. Jedes Mitglied kann an jedem Lehrgang teilnehmen, so oft sie möchten und Plätze vorhanden sind.
Stellvertretend möchte ich gerne zwei Seminare nennen, einmal das Stresssseminar. Diese bietet seinen Teilnehmern neue Einblicke in Sachen Entspannung, Ernährung und Sport und zeigt auf, wie sie in Zukunft gesünder und besser im Leben dem Stress begegnen können. Ein Problem, welches wir alle aufgrund der ständig wachsenden Herausforderung und Aufgabenzuweisungen kennen und mit welchem die Teilnehmer vielleicht mit Hilfe des Seminares besser umgehen können.
Zudem bot die GdP Hessen als erste das sogenannte Erste Hilfe Training im Einsatz an. In diesem Seminar werden mit Rettungssanitätern und DIF-Trainern ein größeres Schadensereignis trainiert. Wie gehe ich mit der Situation um, wie gehe ich vor, was mache ich und wie leiste ich in einem solchen Fall erste Hilfe. Was ist dabei zu beachten, was ist sinnvoll und auf was muss ich unbedingt achten, damit der Rettungsdienst im Anschluss sofort mit den Maßnahmen weiter ansetzen kann. Dies wird dort alles vermittelt und mittlerweile gibt es sogar für die Teilnehmer zwei Aufbauseminar, wo die Inhalte nochmals vertieft werden. Zudem bietet die GdP den Mitgliedern in diesem Bereich besondere Einblicke, auch in Fahrzeuge, was es nicht einmal im Dienst gibt!
DIES BIETET NUR DIE GdP! Immer mit Blick, was brauchen die Mitglieder und wie können wir sie weiterbringen, ihnen helfen oder was brauchen sie, um ihren Dienst optimal zu versehen. Und NUR bei der GdP ist dies alles kostenfrei in der Mitgliedschaft enthalten, alles, Aufenthalt, Essen und Seminarteilnahme, alles wird durch die GdP bezahlt!
Und WIR denken in die Zukunft. Damals, als ich im Bundesjugendvorstand war, hatte ich die Ehre an der Kampagne AUCH MENSCH! mitzuarbeiten. Diese setzte sich immer weiter fort. Unser Ziel war es, auf die immer größer werdende Gewalt gegen Einsatzkräfte deutlich zu machen und das die Gesellschaft ein Zeichen dagegensetzen muss. Dies war 2011!
Mit den weiteren Kampagnen § 115 StGB jetzt usw. wollten wir auch im Strafgesetzbuch ein Zeichen für die Einsatzkräfte wissen. Mit den neu formulierten Paragraphen 113 und 114 zeigten die Kampagnen der GdP Früchte.
KEINER, außer der GdP, machte dies so früh deutlich und setzte sich in einer großen bundesweiten Kampagne mit auch hohen finanziellen Mitteln dafür ein. Leider ist die Gewalt gegenüber Einsatzkräften immer noch deutlich zu hoch, allerdings haben wir wenigstens die Strafbarkeiten durchgesetzt und mit den noch laufenden Kampagnen machen wir weiterhin diesen Umstand deutlich. Von anderen Berufsvertretungen hört man hierzu, außer den warmen Worten, nichts!
Zudem hat die GdP Hessen sich als einzige Gewerkschaft massiv gegen das Besoldungsdiktat eingesetzt. Unsere Kampagne „Ebe langts!“ mit Befragungen, Postkarten und große Demonstrationen führten zu einem Kurswechsel in der hessischen Politik. Nur dadurch war es möglich, endlich für die Besoldung der Kollegen eine positive Trendwende durchzuführen. Und WIR haben bei allen Verwaltungsgerichten in Hessen Klage gegen das Besoldungsdiktat eingereicht. Die GdP redet nicht nur, sondern #wir handeln GdP. Das wir leider immer noch den Umstand haben, ist sehr traurig. Die GdP wird nicht müde, diesen Zustand bei den politisch Verantwortlichen anzubringen und endlich für eine verfassungsgemäße Besoldung zu sorgen. Hoffen wir, dass dieser Zustand endlich durch die neue Landesregierung behoben wird.
DIES ist die Aufgabe einer Gewerkschaft, den Finger in die Wunde zu legen, wo es manche auch nicht hören wollen und nicht nur da reden, wo es schöne Sachen gibt! Umsetzen und nicht nur reden ist die Devise!
DAS sind wir, DAS ist die GdP. #immer da
Dies ist nämlich unser Motto, IMMER und ÜBERALL und auch zur diesjährigen Personalratswahl.
Wir möchten für euch handeln, helft uns dies zu tun. Für euch zu jeder Zeit. Die GdP ist die Stimme für alle Beschäftigten im Personalrat und wir werden nicht müde, uns für Verbesserungen von Arbeitsbedingungen, Unterkünften, Arbeitszeit, Ausrüstung und Besoldung einzusetzen.

Deshalb gibt es nur eine richtige Wahl, wählt vom 13.–17.05.2024 **die GdP.**
EURE GdP!
Wenn ihr wisst, dass ihr nicht da seid, dann beantragt bitte Briefwahl. Jede Stimme ist wichtig und zählt für das Verhältnis im Personalrat. Nur eine starke GdP kann sich gut für die Belange in Frankfurt am Main in eurem Sinne einsetzen. Solltet ihr nicht da sein, dann bitte denkt rechtzeitig an die Beantragung, damit eure Stimme pünktlich im Wahlbüro ankommt und eure Stimme auch zählt.
Für eure Stimme und Vertrauen danke wir / ich euch im Voraus und werden euch nicht enttäuschen,

Euer Jochen Zeng

FÜR DEMOKRATIE = GEGEN RECHTS?

DEUTSCHLAND DEMONSTRIERT

In diesen Tagen sind so viele Menschen unter dem Banner „Für Demokratie“ auf die Straßen gegangen wie schon lange nicht mehr Menschen in Deutschland überhaupt für oder gegen etwas auf die Straßen gegangen sind.
Als Demokraten, die wir hoffentlich alle sind, müssten wir nun beruhigt sein und anerkennen, dass das deutsche Volk aufstehen kann, wenn es muss. Viele haben das, sicher nicht ganz zu Unrecht, lange schon bezweifelt.
Doch ist es wirklich so?
Ich persönlich habe da meine Zweifel.
In vielen Bereichen waren es politisch motivierte Demonstrationen – nicht „Für Demokratie“, sondern „Gegen Rechts“.
Im Besonderen gegen die AfD.
Da kommt so mancher in die Zwickmühle, denn eine Partei, die immer noch zu Wahlen zugelassen und damit rein faktisch wählbar ist, ist ein Teil unserer Demokratie. Das muss uns nicht gefallen, aber wenn wir für Demokratie auf die Straße gehen, gehen wir auch dafür auf die Straße ein gesamtes politische Spektrum wählen zu können. Eben darum, im wahrsten Sinne des Wortes, eine AusWAHL treffen zu können.

Ich lasse mich gerne etwas Besseren belehren, aber ich glaube, dass der politische Plan, die AfD mit den Demonstrationen „Für Demokratie“ zu bekämpfen genau deswegen nicht aufgehen wird.

Bei der Landtagswahl in Hessen, die wohl jeder als Demokratisch bezeichnen würde, hat fast jeder 5. gültige Stimmzettel der AfD gegolten (18,4%). Ein Parteienverbot der AfD und damit das Verbot an demokratischen Wahlen in Deutschland teilnehmen zu dürfen, ist zurzeit nicht abzusehen.
Ich hielte es deswegen für politisch korrekter nicht „Für Demokratie“, sondern konkret gegen dies oder jenes seine Meinung kund zu tun wofür ich wirklich mich in den kalten Januar- und Februartagen aufgemacht habe. Ich brauche aber keine große Glaskugel um zu erahnen, dass dann nicht zigtausende in nahezu allen deutschen Städten von Ihrem Grundrecht Gebrauch gemacht hätten. Eigentlich schade. So haben die Demonstrationen „Für Demokratie“, die im Grunde „Gegen Rechts“ gerichtet sind dafür gesorgt, dass es nun – bezogen auf das oben genannte Wahlergebnis in Hessen 4/5’tel gute Demokraten und 1/5‘tel schlechte Demokraten gibt.



Dieses Jahr stehen neben der Europawahl, etliche Kommunalwahlen und auch Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg an. Wenn wir in unserer Gesellschaft so weitermachen, dass wir politisch andersdenkende verallgemeinernd verurteilen und ihnen gerade auch noch in Verbindungen mit demokratischen Wahlen absprechen Demokraten zu sein, ziehen wir Gräben durch unsere Gesellschaft, die zu einer Radikalisierung führen wird, die ich nicht erleben möchte.
In Teilen ist das sicher schon passiert. Ich weiß, dass nicht nur Eintracht Frankfurt, sondern auch die GdP einen Unvereinbarkeitsbeschluss in Bezug auf die AfD hat.

Ich glaube aber, dass wir als Bürger unseres Landes dazu bereit sein müssen – ganz im Sinne unseres Grundgesetzes – den anderen auch ihre Meinung zu lassen. Ich werbe darum mit der eigenen Meinung nicht hinterm Berg zu bleiben und dann, wenn alle gleichgesinnten loslaufen mitzulaufen, sondern gehe auf denjenigen zu, der anderer Meinung ist. Höre ihm zu – und erzähle ihm warum gerade Du es anders siehst. Ein fester Bestandteil unserer Demokratie sind die drei Säulen. Die Legislative, Exekutive und Judikative.
Ich für meinen Teil vertraue darauf, dass die Prüfungen der Judikative dazu führen wird, dass gerade im aktuellen Bezug auf „Rechts“ das extremistische vom konservativen unterschieden werden kann und auch konsequent den Feinden der Demokratie den Zugang zur selben verwehrt. Dort ist die Aufgabe. Viele Vertreter der Legislative und der sogenannten vierten Gewalt schüren ein Feuer, welches im Sinne der Demokratie hoffentlich die Einigkeit und das Recht und die Freiheit nicht in den Hintergrund treten lassen. Ich bin davon überzeugt, dass die Demokratie die beste Staatsform ist, die sich eine verständige und sozialisierte Gesellschaft in Bezug auf Ihre Werte und Normen unter Beibehaltung der persönlichen Freiheit geben kann.
Dazu zählt als mündiger Bürger dieses Landes sich an demokratischen Wahlen zu beteiligen.

In Hessen haben das bei der Landtagswahl nur ca. 2/3’tel getan. Fatal. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass wir es schaffen miteinander zu reden und keine Gräben zu ziehen und Brandmauern durch das Land zu bauen. Gleichwohl haben wir als Teil der Exekutive die Aufgabe konsequent dafür einzutreten, dass wir das ganze Spektrum der Demokratie auch verteidigen.

Christian A. Richter

OFFENER BRIEF ZEIGT MISSSTÄNDE AUF

Personalrat

Straßenverkehrsamt
Ihr Partner für Verkehrssicherheit

Gutleutstraße 191, 60326 Frankfurt am Main

E-Mail: amt36.personalrat@stadt-frankfurt.de
Tel.: 069 / 212 – 35292
Fax: 069 / 212 – 43309

An den
Personaldezernenten
Herr Dr. Bergerhoff

Frankfurt am Main, 05.12.2023

Offener Brief

Unzumutbare Belastungssituationen aufgrund der Nichtumsetzung der Stellenpläne und der Stellenbesetzungssituation

Sehr geehrter Herr Dr. Bergerhoff,

Von unterschiedlichen Seiten wurde dem Straßenverkehrsamt in den vergangenen Jahren ein gutes Arbeitszeugnis hinsichtlich Qualität, Service und Kundenorientierung bescheinigt. Diesen Output verdankt das Straßenverkehrsamt dem zusätzlichen Engagement und der Fachkompetenz der hier Beschäftigten, die bislang gerne ihren Dienst im Straßenverkehrsamt leisten.

Der Personalrat ist sich sicher, dass ein hoher kausaler Zusammenhang zwischen Wohlbefinden und Produktivität besteht. So heißt es z.B. bei der DGUV (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung) unter der Überschrift „Gesundheitsförderndes Führen: Wohl fühlen ist ein Wettbewerbsfaktor“ u.a. „Wenn man sich wohl fühlt, geht die Arbeit leichter von der Hand, man ist kreativer, offener und nicht zuletzt auch freundlicher im Umgang mit den Bürger:innen und Kolleg:innen.“

Seit Jahren nimmt der Personalrat wahr, dass im Straßenverkehrsamt der Krankenstand steigt und die Fluktuation hoch ist. Somit scheint Verwaltung doch nicht so sexy zu sein.
Vor diesem Hintergrund hofft der Personalrat für die Zukunft darauf, dass Dienststelle und Beschäftigte gemeinsam alles daransetzen, mit viel Engagement unter arbeits- und gesundheitsförderlichen Bedingungen die obliegenden Aufgaben zur hohen Zufriedenheit der Einwohnerinnen und Einwohner Frankfurts zu erfüllen.

Immer wieder haben wir bei vielen Beschäftigten Frust und die Not aus den Gesprächen vernommen. Arbeitsverdichtung durch fehlende und unbesetzte Stellen verstärken die immer größeren Sorgen, wie ein lebenswertes Auskommen möglich sein soll.

Wir verzeichnen, eine Fluktuation die weit höher ist wie die Stellenbesetzung. 2019 erfolgten Stellenbedarfsermittlungen und seitdem fordern wir und die Dienststelle mit jeder Stellungnahme zur Stellenplanvorlage die Realisierung. Ebenso wird dies genau so konsequent vom Magistrat und den Stadtverordneten als nicht finanzierbar abgelehnt. Die Kolleg:innen in den entsprechenden Bereichen sind seit nunmehr über 3 Jahren nachweislich einer erheblichen Mehrbelastung ausgesetzt, so dass hier dringend Handlungsbedarf besteht und entsprechend die Stellen geschaffen werden müssen. Die vorhandene Mehrarbeit wird von der Politik völlig ignoriert und die Beschäftigten mit ihrer Überlastung allein gelassen. Wertschätzung sieht anders aus, fordern kann die Politik aber die notwendigen Ressourcen für die Umsetzung der Vorhaben werden für den politischen Willen nicht geschaffen. Das Bemühen der Amts- und Verwaltungsleitung die Löcher mit derzeit unbesetzten Stellen zu stopfen wird von uns als nicht zielführend gesehen, da dies Probleme nur verlagert aber nicht dauerhaft löst.

Hier mal ein kleines Zitat von Ihnen: „Wir wollen das die Verwaltung als Arbeitsplatz sexy wird.“ Es ist an der Zeit, dass Sie sich entschieden für Entgeltgerechtigkeit und bessere Arbeitsbedingungen ihrer Mitarbeiter:innen einsetzen. Sie müssen umgehend Maßnahmen ergreifen, um die Beschäftigten zu halten, ihnen gute Arbeitsbedingungen zu bieten und neue Mitarbeiter:innen zu gewinnen. Hierbei müssen Sie sich an bereits vielfach geäußerten und lang bekannten Bedingungen orientieren (siehe den vom Gesamtpersonalrat veröffentlichte Flyer „Quick wins“), die wir

in diesem Brief ein weiteres Mal direkt für das Straßenverkehrsamt sowie die Arbeitgeberin Stadt Frankfurt am Main darlegen:

- **Umsetzung der Ergebnisse aus den Stellenbemessungen**
- **Eingruppierung der Städtischen Verkehrsüberwachung grundsätzlich in EGr.8 TVöD die großzügige Auslegung von Eingruppierungen muss auch hier möglich sein (Stufenzuordnung und Zulagen)**
- **Schaffung von Wohnraum für die Beschäftigten**
- **Altersteilzeit**
- **den sensiblen Umgang mit Überlastungen**
- **Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten im gesamten Stadtgebiet, derzeit sind nur in wenigen ausgewählten KiTas Plätze reserviert**
- **Ballungsraumzulage, in anderen deutschen Großstädten (Bsp. München) wird der erhöhte Kostenaufwand für den Ballungsraum durch die Arbeitgeberin abgefedert**
- **Realisierung von Benefitkonzepten der groß- und mittelständischen Konzerne zu den Themen Familie und Beruf und Work-Life-Balance**

Es ist schwierig neben- und übertarifliche Leistungen unter dem Druck der Wirtschaftlichkeit beim Umgang mit Steuergeldern zu begründen. Nur werden die vielen noch anstehenden Aufgaben umso teurer je länger sie dauern. Wenn Beschäftigte aber wegen Überlastung ausfallen, weil sie permanent über der Belastungsgrenze laufen oder Stellen unbesetzt bleiben, muss die Stadtpolitik alles daransetzen als Arbeitgeberin und Bürgerservice diese Zustände schnellstens zu beenden.

Ebenso wäre es löblich wenn nicht nur der Bereich des „gehobenen“ und „höheren“ Dienstes gefördert wird, denn die unteren Entgelt- und Besoldungsgruppen schultern die meiste Arbeit im Service und direktem Bürgerkontakt. Ob da die 5 Mio. € an Budgetsteigerung für das strategische Personalmanagement ausreichend sind bleibt vor dem Hintergrund des Bedarfes mehr als fraglich.
Die erneut gestiegenen Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer von ca. 2,5 Mrd. € geben, nach Abzug der Finanzausgleichszahlungen, immer noch den Raum für Investitionen in Höhe von ca. 2,3 Mrd. €. Dieses Geld sollte vielleicht nicht nur in politische Projekte (Bsp. Radwegbau und rote Farbe für diese) oder Verkehrsversuche (Bsp. Oederweg) investiert werden, sondern auch in den Bereich der Mitarbeitergewinnung und -bindung. Erst dann können politische Änderungsprojekte zeitgerecht abgearbeitet werden. Wir müssen bei dem raschen Wandel vor die Lage kommen und nicht der politischen Entwicklung hinterherlaufen. Steigende Zahlen von Bauprojekten können nicht bei gleichbleibenden Beschäftigtenstand abgearbeitet werden.

Es ist schon sehr lange schwer für die kreisfreie Stadt Frankfurt Mitarbeiter:innen zu binden, da die Unterschiede zwischen ländlichen Raum und Ballungsraum zu eklatant sind. Dieser Wettbewerb muss aber angegangen werden. Bei der gleichen Aufgabenstellung wird im ländlichen Raum weniger Personal benötigt, welches mehr Aufgaben übernimmt und somit höher Eingruppiert werden kann. Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten deutlich geringer, was dazu führt, dass einige den hohen Erfahrungsschatz aus Frankfurt mitnehmen und im ländlichen Raum für andere Kommunen anwenden.

Wir fordern von Ihnen als Personaldezernent, dass Sie jetzt alle Maßnahmen ergreifen, um den Beschäftigten eine bessere Zukunftsperspektive im Straßenverkehrsamt zu bieten.

Mit erwartungsvollen Grüßen

Der Personalrat des Straßenverkehrsamtes

Nachrichtlich per E-Mail an:
Amtsleitung Amt 36
Dezernat XII
Gesamtverteiler AMT36
Gesamtpersonalrat der Stadt Frankfurt

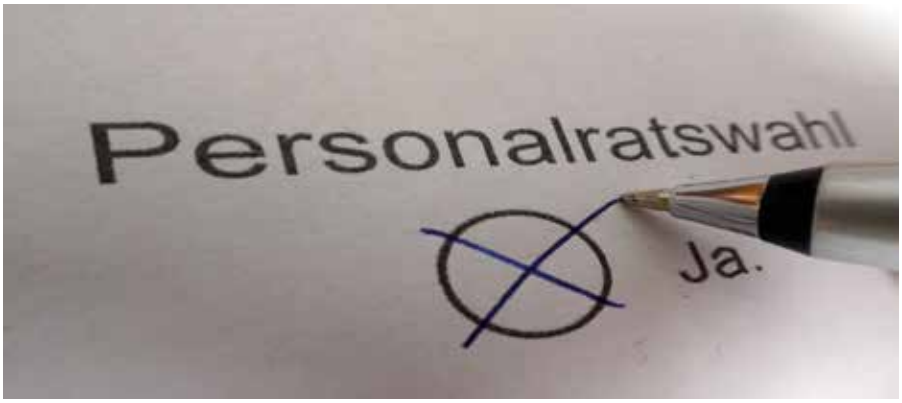
PERSONALRATSWAHL 2024

WARUM JEDER WÄHLEN GEHEN SOLLTE

In der Zeit vom 13.–17.05.2024 finden in diesem Jahr die Personalratswahlen statt.

Warum ist der Personalrat für uns wichtig?

Wie in einem Betriebsrat in der freien Wirtschaft, vertritt unser Personalrat bei der Frankfurter Polizei die Interessen aller Polizeibeschäftigten.
Der Personalrat hat eine Reihe von Aufgaben und in personellen, sozialen und organisatorischen Entscheidungen ein Mitbestimmungsrecht.
Dieses Recht ist auch das stärkste des Personalrats. Beispielhaft seien Beförderungen oder Höhergruppierungen, Abordnungen, Versetzungen, die Erarbeitung von Dienstanweisungen und die Gestaltung von Schicht- bzw. Arbeitszeitmodellen genannt. Das heißt, dass Entscheidungen der Behördenleitung, die die Zustimmung des Personalrats benötigen, fallweise komplett blockiert werden können.
Der Personalrat nimmt des Weiteren auch Beschwerden und Anregungen von Polizeibeschäftigten entgegen, leitet sie bei berechtigtem Bestehen an die betreffende Dienststelle weiter und wirkt nötigenfalls darauf hin, dass entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung ergriffen werden.
Der Personalrat spielt also eine zentrale Rolle, da die Interessen der Beschäftigten mit denen des Dienstherrn nicht immer auf dem



gleichen Nenner liegen.

Warum ist meine Stimme bei der Personalratswahl wichtig?

<u>Ich kann den Personalrat und dadurch mich selbst stärken:</u>
Eine hohe Wahlbeteiligung bekundet Interesse und sorgt dafür, dass der Personalrat als eine ernstzunehmende und glaubwürdige Personalvertretung wahrgenommen sowie nötigenfalls zu einem soliden (Gegen-)Gewicht wird.
Alle können und sollten mit ihrer abgegebenen Stimme dazu beitragen, den Personalrat zu stärken – denn nur dies verdeutlicht anschaulich, dass der Personalrat auch eine breite Basis vertritt!

<u>Ich kann Einfluss nehmen:</u>
Die Stimmenabgabe ermöglicht, durch die Wahl einer Kandidatin oder eines Kandidaten, in letzter Konsequenz eine Mitgestaltung des innerdienstlichen Umfeldes. Als GdP-Mitglied kann ich dadurch zum Beispiel, mit der Stimme für ein aufgestelltes GdP-Mitglied, zur Stärkung von Forderungen und Positionen der GdP beitragen: Themen in unserem Sinne werden umgesetzt!

Also auf zur Personalratswahl!

Die Wahl des Personalrats findet lediglich alle vier Jahre statt. Mit eurer Stimme leistet ihr einen wichtigen Beitrag zur Wahrung und erforderlichenfalls Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse.

Also Investiert die Zeit, beantragt die Briefwahl oder kommt persönlich ins Wahllokal und lasst eure Stimme nicht verfallen!

Denn wie schon eine preisgekrönte Pop-Punk-Rock-Band bereits vor 20 Jahren (in einem Song, der sich kritisch mit dem "nicht aktiv werden", um die Welt zu verbessern, beschäftigt) gesungen hat:
"lass sie deine Stimme hörn, weil jede Stimme zählt"!

Wählen gehen!



Personalrats-wahlen 2024

Am 13. – 17.5.2024 Liste GdP wählen!

GdP Landesbezirk Hessen · Wilhelmstraße 60 a · 65183 Wiesbaden · Telefon: 0611/99227-0 · GdP-Hessen@gdp.de · www.GdPHessen.de

© pattilabelle, © Metaverse-stock.adobe.com



Kerstin Wöhe · Liste Beamte (w)
Personalratsvorsitzende PP Mittelhessen



Daniel Klimpke · Liste Beamte (m)
Personalratsvorsitzender PP Westhessen



Marika Hertling · Liste Tarif (w)
stv. Personalratsvorsitzende HöMS



Tobias Fenner · Liste Tarif (m)
ZK 50 PP Nordhessen

Wir treten als GdP für eine moderne und familienfreundliche Polizei ein. Gute Arbeit braucht gute Rahmenbedingungen. Darüber hinaus setzen wir uns für transparente und kooperative Führungskultur ein. Deswegen engagieren wir uns im Hauptpersonalrat der Polizei, um für EUCH mitgestalten zu können!

#immerda

GdP Landesbezirk Hessen · Wilhelmstraße 60 a · 65183 Wiesbaden · Telefon: 0611/99227-0 · GdP-Hessen@gdp.de · www.GdPHessen.de

© pattilabelle-stock.adobe.com

Die Liste der GdP Südhessen hat wieder deutlich über 50 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen, die zusammen mit der stärksten Gewerkschaft einen starken Personalrat bilden wollen!
Egal ob bei uns im PP Südhessen, oder beim Hauptpersonalrat:



Maike Krämer, KDD

Für mehr Personal an der Basis

Für die A11 als Regelbeförderung



Christian Richter, PR

Für eine wirklich moderne Polizei

Für eine bessere Kommunikation und Transparenz



Anne Fuchs, GeZi-HP

Für einen fairen Umgang

Für gelebte

Für echte Wertschätzung

Immer DA für Südhessen!

WIR WOLLEN UNS GEMEINSAM AUCH FÜR DICH EINSETZEN!
Dafür brauchen wir DEINE Stimme bei der Wahl

Für eine wertschätzende, verfassungsgemäße Besoldung



Tobias Perkovic, PR

Für bessere Liegenschaften mit mehr Platz

Für konsequente Höhergruppierungen



Peter Wohlfahrt, WaPo

Kollegialität

Für Familienfreundlichkeit, die den Namen verdient

Für mehr und besser bezahlte Tarifstellen



Claudia Büttner, PR

Am 13.–17.5.2024 Liste GdP wählen!

#immerda

Forderungen der GdP für das PP Frankfurt am Main

- Endlich verfassungskonforme Besoldung!
- A 11 Regelbeförderung!
- Stellenplananteile im PP FFM erhöhen!
- Höhergruppierungen Geschäftszimmer von E 6 in E 8!
- Angemessene Erholungszeiten garantieren!
- Wohnungsfürsorge verbessern und erweitern!



© Branko Srot, © pattilabelle, © by-studio - stock.adobe.com



„Ich möchte für die GdP in den Personalrat, weil ich die Sorgen und Nöte der Beschäftigten des PP Frankfurt am Main aus eigener Erfahrung kenne und mich dieser annehme!“

Jochen Zeng



*„**Familienfreundlicher Arbeitgeber** darf auch in Zukunft keine Phrase bleiben. Dafür möchte ich mich im Personalrat einsetzen!“*

Katharina Kopp



„Ich möchte für die GdP in den Personalrat, weil ich mich für die Belange aller Beschäftigten einsetzen möchte!“

Isabell Rost



„Für Wertschätzung, Rückhalt und verfassungsgerechte Besoldung!“

Sebastian Neeb



„Angemessene Rahmenbedingungen sind zwingend erforderlich, damit wir nachhaltig Freude an unserem Beruf behalten. Dafür möchte ich mich im Personalrat einsetzen.“

Sebastian Christmann



„Ich möchte mich dafür einsetzen, dass kein Beschäftigter ungerecht oder unfair behandelt wird!“

Benjamin Jäger



Immer DA für Frankfurt!



„Ich stehe für Vertrauen und Transparenz!“

Stefan Vogel



„Aufgrund der immer weiter steigenden Einsatzbelastung und der damit verbundenen flexiblen Arbeitszeit möchte ich mich für eine bessere Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben einsetzen.“

Frank Tauterat



„Ungerechtigkeit bekämpfen, die Basis stärken!“

Jörg Grußbach



„Ich möchte für die GdP in den Personalrat, weil ich als überzeugter und motivierter Schutzmann mit meinen Werten für faire Arbeitsbedingungen aller Polizeibeschäftigten eintreten möchte!“

Nils Döring



„Ich möchte für die GdP in den Personalrat, damit eine Vereinheitlichung von Software in der Einsatzplanung, z. B. Kartenerstellung, erfolgt.“

Darius Kuliberda



„Gemeinsam für Fairness, Respekt und die Interessen aller Beschäftigten – DEIN vertrauenswürdiger Partner der GdP im Personalrat!“

Oliver Hoog



© SG-design, © pattilabelle - stock.adobe.com

Am 13.–17.5.2024 Liste GdP wählen!



„Für eine starke Stimme, für ein gerechtes Miteinander!“

Bintu Lond



„Ich trete an, um denen zu helfen, die meine Hilfe brauchen.“

Tobias Gutsmann



„Ich trete für bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Planung bei kurzfristigen Diensten ein!“

Monika Reis



„Ich möchte mich im Personalrat einbringen, um einen Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen meiner Frankfurter Kolleginnen und Kollegen zu leisten, Euch mit Rat und Tat zur Seite stehen und Eure Position gegenüber der Behörde stärken.“

Marlon Wesemüller



„Ich möchte für die GdP in den Personalrat, weil ich die Wünsche und Nöte der Wachpolizisten und Beschäftigten kenne und vertreten möchte.“

Sven Mayer



„GdP = Solidarität!“

Theo Diefenthäler



Immer DA für Frankfurt!



„Für eine gute Vertretung des Personals!“

Marianne Diefenthäler



„Ich möchte für die GdP in den Personalrat, weil ich für mehr Familienfreundlichkeit kämpfen will!“

Marco Hedderich



„Ich setze mich für eine verfassungskonforme Besoldung ein.“

Ralf Porsche



„Ich möchte für die GdP in den Personalrat, weil ich mich für Euch für eine amtsangemessene Besoldung einsetzen möchte!“

Veronika Nickel



„Interne Prozesse verbessern, um bestmögliche Resultate für alle Beschäftigten zu erzielen!“

Sebastian Böcher



„Ich möchte mich für Respekt, Akzeptanz und Wertschätzung einsetzen!“

Bettina Hessenthaler



© SG-design, © pattilabelle - stock.adobe.com

Am 13.–17.5.2024 Liste GdP wählen!



„Mit Euch! Für Euch! Ein besseres Arbeitsklima schaffen, Eure Rechte stärken, verteidigen und durchsetzen!“

Kay-Michael Henze



„Für Eure Anliegen und ein gerechtes Miteinander!“

Jana Kaiser



„Ich möchte für die GdP in den Personalrat, weil ich für den Frankfurter Schichtdienst die nötige Anerkennung und Arbeitserleichterung erstreiten will!“

Dirk Hoffmann



„Ich möchte aktiv die Interessen und Belange der Mitarbeiter im Personalrat vertreten. Mit meiner Erfahrung und Engagement möchte ich ein positives Arbeitsumfeld und faire Arbeitsbedingungen schaffen.“

Michael Hanke



Immer DA für Frankfurt!

Eure Kandidatinnen und Kandidaten

Beamte weiblich
Katharina Kopp, PR
Isabell Rost, E 34
Kerstin Harbich, Z 21
Jana Kaiser, D 416
Veronika Nickel, D 408
Monika Reis, D 408
Eva Maur, D 416
Tina Stenchly, D 610
Dörte Ganzer, D 620
Bianca Pohlai, D 620

Beamte männlich
Jochen Zeng, PR
Stefan Vogel, Z 21
Ralf Porsche, K 36
Benjamin Jäger, D 600/1
Sebastian Neeb, D 416
Sebastian Christmann, D 314
Kay-Michael Henze, Z 4
Nils Döring, D 104
Mathäus Darius Kuliberda, D 610
Frank Tauterat, D 300 - REE
Jörg Grußbach, D 312
Sebastian Böcher, D 219
Dirk Hoffmann, D 104
Olaf Verter, K 23
Andreas Göbel, D 610
Bintu Lond, PÖ
Dominik Berger, D 101
Stephan Ludwig, D 610
Florian Ingenfeld, D 101
Marco Hedderich, D 620
Marlon Wesemüller, D 103
Janosch Pillig, D 405

Arbeitnehmer weiblich
Bettina Hessenthaler, Z 13
Marianne Diefenthäler, Z 31
Jennifer Ruck, D 520

Arbeitnehmer männlich
Oliver Hoog, Z 26
Tobias Gutsmann, V 32
Theo Diefenthäler, SBV
Michael Hanke, Z 23
Sven Mayer, D 530
Sezgin Bircan, V 22
Robert Schwing, V 22

Stand 15.02.2024, Änderungen bis zur Wahl vorbehalten.

#immerda



© SG-design, © pattilabelle, © by-studio - stock.adobe.com

Am 13.–17.5.2024 Liste GdP wählen!

Wir vom

Straßenverkehrsamt



„Ich möchte in den Personalrat, weil ich mich für eine faire Eingruppierung aller Kolleginnen und Kollegen einsetzen möchte!“

Stephanie Ihlau



„Ich möchte in den Personalrat, weil ich die Attraktivität des Straßenverkehrsamtes und der Stadt Frankfurt am Main verbessern möchte.“

Daniel Foltes

Ordnungsamt



„Ich stehe für SORGE & RECHT im Dienst!“

Yvonne Binder



„Ich stehe für besseren Arbeitsschutz!“

Juan Manuel Diaz Bernal



„Ich möchte mich für die Rechte der Bediensteten einsetzen.“

Birgit Stephan



„Auf Veränderung zu hoffen, ohne selbst etwas dafür zu tun, ist wie am Bahnhof zu stehen und auf ein Schiff zu warten!“

Susanne Reiter



© Branko Srot - stock.adobe.com

Immer DA für Euch – KG POB!

DEMOKRATIE LEBEN

NEUJAHRSEMPFANG DES DGB

Als Philipp Jacks am 13. Januar kurz nach elf Uhr den diesjährigen politischen Neujahrsempfang des DGB Rhein-Main eröffnete, konnte er mehr als 300 Gäste begrüßen. Damit war der Willy-Richter-Saal mehr als voll, viele Gäste konnten nur aus dem Nebenraum oder im Foyer die Reden verfolgen. In diesen wurden ganz unterschiedliche Themen angesprochen und Töne angeschlagen. Die richtigen Töne hatte auf jeden Fall der DGB-Chor gefunden, der jetzt unter dem Namen Provokale firmiert. Besonders das Frankfurter Gewerkschaftslied als Welturaufführung fand großen Anklang und wurde mit viel Beifall bedacht. Während Philipp in gewohnter Weise und ungewohnter Kürze die Gäste bzw. Gruppen mit kleinen Hinweisen auf notwendiges politisches oder wirtschaftliches Handeln begrüßte, legte Oberbürgermeister Mike Josef den Schwerpunkt auf gesellschaftliche Bereiche. Da gab es jede Menge anzumerken, so auch zum Thema Sicherheit in der Stadt und vor allem im Bahnhofsgebiet. Die wirtschaftliche Entwicklung mit der Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, vor allem in der Industrie, habe hohe Priorität ebenso wie neue Wohnungen oder bessere Angebote für die Menschen in den sozialen Berufen, z. B. mit einer Frankfurtzulage. Das Wichtigste jedoch war das klare Bekenntnis zu den demokratischen und verfassungsmäßigen Grundsätzen in der Stadtgesellschaft. Hier hätten Ausgrenzung, Hetze und Antisemitismus keinen Platz und vor allem keine Chance wenn dies jeden Tag und in allen Betrieben und Verwaltungen gelebt werde.

Diesem Votum schloss sich auch Christina Benner, seit Oktober Vorsitzende der IG Metall, an und sieht im Erstarken rechts- oder linkspopulistischer Parteien sowohl ein Gefahr für den gesellschaftlichen als auch für betrieblichen Frieden. Dann stünden in langen Jahren erkämpfte Arbeitnehmerrechte wieder zur Disposition weil die gewerkschaftlichen und betriebliche Vertretungen geschwächt werden. Doch sie machte auch Mut im Hinblick auf die zäh anlaufende Transformation der Wirtschaft hin zu mehr Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Die Gewerkschaften seien bereit und gesprächsfähig, hätten klare Vorstellungen und brächten diese in den demokratisch geprägten Prozessen ein. Da hätten die Arbeitgeber noch Nachholbedarf. Ihre Rede wurde mit großem Applaus bedacht bevor Provokale zum Schlusslied ansetzte und der Sturm auf die Suppentöpfe begann.

Noch voller war es am 20. Januar am Frankfurter Römer. Wobei die Örtlichkeit Römer viel zu klein beschrieben ist für die Menge der Menschen, die sich zur Kundgebung gegen rechts und für die Demokratie eingefunden hatten. Da kamen auch die Kolleginnen und Kollegen im Einsatz und in den Befehlsstellen nicht mehr mit Zählen hinterher. Am Ende ist es unerheblich, ob es 40000 oder 70000 waren. Entscheidend war der Spirit, der die gesamte Innenstadt erfasst hatte. Klare Kante gegen den Versuch, die Gesellschaft zu spalten, in welcher Weise auch immer. Die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen sind nur in einer vielfältigen Demokratie zu bewältigen ohne die Menschen in ihren unterschiedlichen Lebensphasen und Lebensentwürfen zurückzulassen. Wir als Gewerkschaften sind sicher dabei.

Was hat das nun mit der Personalratswahl im Mai zu tun? Einiges, so meine ich. Denn es geht mit der Personalratswahl und in der Personalratsarbeit genau darum, dass auch in der Behörde und den Dienststellen Demokratie entwickelt und gelebt wird. Transparenz, Mitarbeiterorientierung sowie Wahrung und Respektierung der personalrätlichen Beteiligungsrechte seitens der Behörde gehören ebenso dazu wie der Wille und die Entschlossenheit der Personalräte, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die das Personalvertretungsrecht hergeben. Das bedeutet, zumindest für die GdP-



Philipp Jacks begrüßt die Gäste



Der Oberbürgermeister antwortet


Klare Ansage: IG-Metallchefin Christina Benner

Vertreter, alle Kraft diesen Aufgaben zu widmen, sich nicht in interne Auseinandersetzungen ziehen zu lassen und den Kolleginnen und Kollegen als kompetente Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen und allen Profilierungsversuchen eine klare Absage zu erteilen. Demokratie ist eben mehr als in Wahlen Anteile zu gewinnen, Demokratie muss ausgefüllt werden mit Ideen und Taten in und außerhalb der Behörde. GdP-Personalräte sind dafür eine Garantie. Demokratie leben gehört zu ihrer DNA, jetzt brauchen sie nur noch eure Stimme.

Demokratie leben - GdP wählen

DIE „LINKESTEN“ GEBEN UNS RECHT!

EINE UNBEABSICHTIGTE ZUSTIMMUNG

Die „Linkesten“ geben uns Recht!
Anfang Februar diesen Jahres wurde in der Bundeshauptstadt zwei Autos der GdP demoliert und u.a. mit der Abkürzung für „AllCopsAreBeautiful“ beschmiert. Der Sachschaden war erheblich. Wir mussten in der Vergangenheit vergleichbare Angriffe mit Sachbeschädigungen u.a. auch in Frankfurt auf die GdP registrieren. Dazu bekannt hat sich niemand persönlich, aber auf der Internetplattform Indymedia gab es ein anonymes Bekennerschreiben.
Es ist wohl etwas ungewöhnlich, aber ich möchte es hier ohne die Beleidigungsinhalte teilweise zitieren und ersetze nur einzelne Wörter – wie z.B. Bullen in *kursiver* Schrift:

- Die GdP ist die größte deutsche Polizeigewerkschaft. Sie hat über 200.000 Mitglieder in ganz Deutschland und ist Mitglied im DGB. Mehr als eine Gewerkschaft ist die GdP aber eine Lobbyorganisation für die Interessen deutscher *Polizisten*. (…) Ihre Vertreter:innen geben fleißig Interviews, treten in Kongressen, wie dem europäischen Polizeikongress und der deutschen Sicherheitskonferenz auf und haben das offene Ohr von Minister:innen und hohen Beamt:innen im ganzen Land. Nicht selten mit Erfolg.
- Beispielsweise hat sich die GdP erfolgreich für die Einführung von Bodycams, Gesichtserkennung, den massenhaften Einsatz von Pfefferspray, (…), des Paragraphen §114 Strafgesetzbuch und die alljährliche ritualisierte Ausweitung des Polizeiapparats eingesetzt.
- Dass die Berliner Polizei schon längst ein Budget von 2 Milliarden Euro und mit fast 19.000 *Polizisten* mit die höchste Polizeidichte in ganz Europa hat (705 polizeiliche Angestellte auf 100.000 Einwohner:innen - fast jede:r hundertste Berliner:in ist *Polizist*!), hindert die GdP nicht daran, sich jedes mal wenn es mal knallt als Opfer zu inszenieren. (…) *https://de.indymedia.org/node/338640*

Die Zielrichtung des anonymen Autors ist klar. Das Feindbild der Polizei überträgt er auf die Gewerkschaft der Polizei. Hier am Beispiel der Berliner



Kolleginnen und Kollegen. Es mag etwas „ver-rückt“ klingen, aber die obigen Worte (natürlich mit ein paar Ausnahmen in der Formulierung) sehe ich für die GdP als Anerkennung und fast schon Wertschätzung.

Die GdP ist so erfolgreich, dass sie anscheinend fast alleinig dafür verantwortliche ist, dass es eine gut ausgestattete und funktionierende Polizei gibt, die dafür sorgt, dass der Anarchie Einhalt gegeben wird.
Was der Verfasser klar verkennt ist das gesellschaftliche und soziale Engagement der GdP – insbesondere wie sie sich für die Demokratie einsetzt.

Liebe Kollegin, lieber Kollege, wenn diejenigen in unserem Staat, die gegen denselben und ihre demokratischen Organe sind, sich von der GdP getroffen fühlen, haben wir mindestens sehr vieles richtig gemacht!
Denn solch einen Erfolg hat die GdP natürlich mit den oben erwähnten Gesprächen mit der Politik, Fachveranstaltungen etc., aber auch Dank jahrelanger erfolgreicher Personalratsarbeit! Deshalb lass uns unsere Interessen noch weiter und mit Nachdruck umsetzen und helfe uns dazu bei der anstehenden Personalratswahl mit Deiner Stimme für die GdP!
Christian A. Richter

EINSATZBETREUUNG WIRD BEI UNS GROSS GESCHRIEBEN

DIE GDP HAT MEHRERE #-TAGS DIE BESCHREIBEN WAS DIE GDP AUSMACHT

#wirhandeln
#gdpfamilie
#IMMERimEINSATZ
#immerDA
usw.

Da ist es für uns selbstverständlich, dass wir immer dann, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen im Einsatz sind auch da sind. ***#wirhandeln*** - entweder natürlich dienstlich, oder aber – wenn immer möglich – auch darüber hinaus ehrenamtlich bei der GdP Einsatzbetreuung.

So waren wir zu Beginn des Jahres gleich bei drei Heimspielen des SV98, bei denen der Kräfteaufwand wieder enorm war, mit dabei. Zum einen als Personalräte um die dienstliche Versorgung zu unterstützen, als auch als GdP. Uns ist es dabei immer wichtig mit den Kolleginnen und Kollegen – mit Euch – ins Gespräch zu kommen und natürlich den Einsatz, im wahrsten Sinne des Wortes, zu versüßen oder mit einem heißen Kaffee oder Tee zu dienen.

Egal ob gegen die Eintracht, Leverkusen oder den VfB.

In unterschiedlichster, aber immer hoher Anzahl ist das PP Südhessen gefordert, wenn es um die Einsatzgestellung geht.



Neben der Abteilung Einsatz ist die Arbeit der Abteilung Zentrale Dienste in besonderem Maße gefordert.

Wir sehen in Sachen Verpflegung uns bei der GdP Einsatzbetreuung nicht als die besseren Verpfleger, sondern versuchen zielgerichtet zu ergänzen und als mobile Komponente den Kolleginnen und Kollegen, die im Einsatzraum gebunden sind auch einfach mal eine Abwechslung zukommen zu lassen, solange sie nicht rausgelöst werden können.

Das wir ***#gdpfamilie*** auch dort leben war zuletzt nicht nur dadurch erkennbar, dass wir dies mit unseren Familienkutschen machen, sondern auch der Nachwuchs tatkräftig unterstützt.

Wir freuen uns Euch damit immer wieder eine Freude machen zu können, haben für Eure Themen ein offenes Ohr und kommen auch mit Kolleginnen und Kollegen anderer PP's gerne Gespräch. Ziel ist einfach ***#immerDA*** zu sein, denn ihr seid es uns Wert und ja auch ***#IMMERimEINSATZ***

C.R.







„ICH – DU“, „ICH – ES“

KOMMUNIKATION LEICHT GEMACHT

Am 09.02.2024 fand im MAXI Autohof in Mücke das bisher erste Seminar „***Vertrauensleute als Multiplikator der GdP“,*** als sog. Testballon, statt.
Die Seminargruppe bestand aus gut 20 Teilnehmenden, der Seminarleiterin, Klaudia Söllner, dem Hauptpersonalratsvorsitzenden, Karsten Bech, sowie dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der GdP, Stefan Rüppel.
Die übrigen Teilnehmer kamen aus dem gesamten Hessenland und weiterhin aus ganz verschiedenen Bereichen; aus dem klassischen Polizeivollzugsdienst, der Verwaltung, der Wachpolizei und von der Stadt.
Klaudia Söllner, die ursprünglich BWL studierte und später in den Coaching-Bereich umsattelte, wird von der GdP immer wieder für Seminare gebucht, insbesondere im Bereich der Kommunikation.
Bei Ankunft auf dem Autohof, konnte sich so mancher Teilnehmer, der diese Örtlichkeit zum ersten Mal befuhr, nicht vorstellen, wo genau sich dort ein Seminarraum befinden sollte. Umso größer war die Überraschung nach Betreten des Eingangs, ein ritterburgähnliches Ambiente, mit einem „Rittersaal“, der stilecht mit Ritterrüstungen, mittelalterlichen Gemälden u.ä. ausgestattet ist, vorzufinden.
Nach einer kurzen Vorstellungsrunde, begann Frau Söllner mit dem größten Part des Seminars, der Kommunikation.
Sie erklärte den Unterschied der verschiedenen Kommunikations-Typen an Menschen, die es gibt, was zum einen die „Ich-Du-Typen“ (Beziehungsebene) und zum anderen die „Ich-Es-Typen“ (Sachebene) sind. Die Erkenntnis, um welchen Typen es sich bei einem selbst, aber auch bei dem Gegenüber handelt, ist von Relevanz für die Kommunikation untereinander, im Speziellen aber auch für unsere Arbeit mit den Kolleginnen und Kollegen und vor allem auch in der Kommunikation mit unseren GdP- Mitgliedern. Im Kern ging es also darum, die Kommunikation mit einfachem Wissen erfolgreicher zu führen, indem man sich genauer auf den anderen einstellt. Wenn wir wissen, auf welcher Ebene wir uns befinden - auf der Sach- oder der Beziehungsebene - fällt die Verständigung untereinander leichter.
Im Anschluss an den ersten Kommunikationspart, stellte Stefan Rüppel die wichtigsten Leistungen der GdP dar. Hier waren vor allem die Koop-Partner („Lucky stars“), die Seminare und der Hinweis zur Präsentationsplattform für Mitgliederangebote („Corporate Benefit“) und der App hierzu, mit vielen Vergünstigungen für GdP Mitglieder, von Interesse.
Nach dem Mittagessen und einer Vertiefung des Themas Kommunikation durch Klaudia Söllner, bildete Karsten Bech dann den Abschluss des Seminars mit aktuellen Themen, die die GdP Hessen derzeit beschäftigen. Auch verwies er nochmal auf die Polizeistiftung, über die in Not geratene Kolleginnen und Kollegen unterstützt werden können.
Der Wechsel aus den verschiedenen Beiträgen und Akteuren, machte die Veranstaltung kurzweilig und abwechslungsreich. Entsprechend gut fiel auch das Feedback am Ende aus; es konnten Erkenntnisse und brauchbare Informationen gewonnen werden und das Seminar wurde einhellig für wiederholungswürdig befunden. Als konstruktive Kritik wurde geäußert, dass man inhaltlich noch mehr und tiefer auf die Leistungen, die die GdP zu bieten hat, eingehen könnte.

Katharina Kopp

Direkt auf Dein dienstliches Smartphone und dem StAP

Alle Infos der GdP Südhessen / Frankfurt, aus Hessen und dem Bund gibt es ab sofort für alle aktiven Kolleginnen und Kollegen der Polizei über den Messenger JULIUS!

Das ist ein Teil unseres neuen „schwarzen Bretts“ mit allen Infos immer direkt auf Dein dienstliches Smartphone und dem StAP.

Jetzt Channel-Mitglied werden!

Flurfunk GdP Südhessen

GdP Infokanal Frankfurt

JULIUS

DIE POLIZEI – EIN „NOCH“ ATTRAKTIVER BERUF?

ES BESTEHT DRINGENDER HANDLUNGSBEDARF

Die Polizeigewerkschaften in Südosthessen - als Vorreiter - führten 2023 eine Umfrage hinsichtlich der Zufriedenheit der eigenen Beschäftigten durch.
Das Ergebnis zutiefst erschreckend. Der größte Teil der Befragten denken über eine Kündigung und folglich dem Ausscheiden aus dem Polizeivollzugsdienst nach.

Im Polizeipräsidium Südhessen sieht es - wie im ganzen Land - nicht anders aus. In den vergangenen Jahren verzeichnete die Verwaltung eine Vielzahl von Kündigungen der Beschäftigten.
Was bewegte die Einzelnen dazu ihre Vorteile im Öffentlichen Dienst nach mehreren Dienstjahren aufzugeben oder in Verwaltungsbereichen außerhalb der hessischen Polizei zu wechseln?

Eine ernst zu nehmende Frage, die man sich in der Polizeiführung stellen sollte, um dagegen wirken zu können.

Im Laufe der Dienstjahre u.a. einem Bundeslandwechsel lernt ich auf diversen Dienststellen unterschiedliche Beschäftigte kennen.
Man führt nicht nur dienstliche Beziehungen, sondern freundet sich mit der Zeit an - denn man verbringt einen Großteil seiner Zeit mit ihnen.
In der Dienstzeit werden deshalb nicht nur dienstliche, sondern auch persönliche Gespräche geführt.
Es sind solche in denen man über Emotionen, Anregungen, Meinungen (auch hinsichtlich des Dienstes) spricht. Jedwede Themen, die mich als Gewerkschafterin grübeln lassen - denn auch in Südhessen ist das Kollegium mit den Umständen innerhalb der Polizei unzufrieden.

Im Jahr 2015 entschied ich mich nach einigen Berufsjahren gegen die freie Wirtschaft, um meinen Dienst bei der Polizei zu beginnen. Grund hierfür war mein großes Interesse an Ermittlungsarbeit und um meinen Mitmenschen eine Art Sicherheit zu geben.

Nicht nur für mich, sondern für viele weitere Anfänger ist der Schichtdienst der Einstieg in das Leben der Polizei. Die vielschichtigen Aufgaben und unterschiedlichen Arbeitszeiten stellen eine positive Abwechslung dar.

Was ist aber, wenn die Liebe zum Dienst durch fehlende Planbarkeit folglich zur (Über-)Belastung führt.
Es sind Familiengeburtstage, private Termine sogar Arzttermine, welche aufgrund von hoher Einsatzbelastung nicht mehr wahrgenommen werden können. Grund hierfür sind zum Teil Einsätze, welche meist 1-2 Tage vorher ausgeschrieben und demnach Kräfte für den Einsatz angefordert werden. Die meisten Einsätze sind bereits lange im Vorfeld bekannt, können jedoch aufgrund von Abhängigkeiten wie z.B. der Bereitschaftspolizei nur kurzfristig geplant werden.

Bei zu wenig Personal besteht keine Möglichkeit großartig zwischen diversen Bediensteten auszuwählen. Eine Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie - nicht mehr möglich.

Für die Kollegenschaft stellt „Planbarkeit“ ein Fremdwort dar – und Flexibilität heißt der neue Trend.



Auf kleineren Dienststellen hört man immer häufiger, dass nicht ausreichend Personal verfügbar sei und die Beschäftigten teilweise eine 6-Tage-Woche leisten, da das Personal nun auch mal Urlaub einreiche oder gar krank werde.
Überstunden, wohin das Auge reicht – ein Aufbau bis zu mehreren 100 Stunden. Ein Abbau auf manchen Dienststellen nur schwer bis gar nicht möglich.
Eine Auszahlung bei hoher Überstundenzahl nur begrenzt möglich (300 Überstunden pro Halbjahr), sodass diese teilweise verfallen.
Auf größeren Polizeidienststellen wird ebenfalls der erhebliche Personalmangel deutlich, denn es fehlt an jeder Ecke und Kante. Dort ist zwar mehr Personal verfügbar, dennoch können auch dort oftmals die Dienste und Einsätze nicht ohne Einschränkungen durchgeführt werden.

Das Land Hessen verfügt über ein (LAK) Lebensarbeitszeitkonto, bei diesem sich die Beschäftigten Dienste freinehmen können. Pro Woche wird eine Stunde generiert. Auch hier die Problematik, dass es kaum möglich ist, sich die aufgebauten Stunden frei zunehmen. Somit auch hier ein Verbesserungsbedürftiges Modell.
Gleichwohl fehlt es uns nicht nur an Fachpersonal, sondern auch an einer guten Arbeitsausstattung, denn die Möglichkeit zum mobilen Arbeiten (Telearbeit) scheint für viele eine gelungene Abwechslung.
Dadurch ergibt sich die Möglichkeit den Dienst mit der Familie zu vereinbaren und folglich die Gewährleistung einer besseren Work-Life-Balance.

In vielen Bereichen der Polizei (Schutz- und Kriminalpolizei) ist die Möglichkeit seinen Dienst im Homeoffice zu verrichten, gegeben – wenn dann nur die Arbeitsmaterialen vorhanden sowie funktionstüchtig wären.
Technische Geräte mit denen gearbeitet werden sollen sind teilweise veraltet und funktionieren mehr

schlecht als recht.
Durch den turnusgemäßen Hardwarerollout werden die technischen Geräte aktuell neu angeschafft, jedoch muss die Modernisierung stets weitergeführt und auch die Infrastruktur mit berücksichtigen werden.

Hinsichtlich der Vorschriften zur Ausschreibung von Neubeschaffungen, kommt es zu langen Verzögerungen, teilweise sogar zur Einstellung der Anschaffungen.
Zudem sei oftmals kein finanzielles Budget vorhanden.
Die Arbeit kann somit nicht optimal verrichtet werden. Dieses Problem stellt sich nicht nur im Bereich mobile Arbeit Zuhause, sondern auch auf den Dienststellen.

Vom Platzmangel der Behörden wollen wir erst gar nicht sprechen, denn Büroplätze werden heutzutage mangels Alternativen auf Sozialräume ausgeweitet und Bürobelegungen weiter verdichtet. Der Raum schwindet, ein eindringlicher Appell an unsere Platzressourcen.

Polizeibedienstete werden angespuckt, beleidigt oder körperlich angegriffen. Eine stets ansteigende Respektlosigkeit des Bürgers gegenüber der Polizei. Professionelle Hilfe nach psychisch belastenden Einsätzen nur bedingt verfügbar. In einigen Bereichen der Polizei ist Superversion bereits ein vorteilhaftes Instrument bestimmte dienstliche Themen in der (Dienst-) Gruppe oder in Einzelgesprächen zu nutzen. Seminare im Bereich Prävention zur langfristigen Gesunderhaltung werden zwar angeboten, allerdings ist aufgrund des Personalmangels eine Teilnahme kaum realisierbar. Beide Themen jedoch unabdingbar für langfristige Gesunderhaltung im Polizeivollzugsdienst.

Ein weiteres großes Problem stellt nach wie vor die verfassungswidrige Besoldung dar.
Der finanzielle Verdienst sollte kein Hauptgrund für die Entscheidung seines Berufs sein, dennoch sollte eine Besoldung entsprechend des jeweiligen Umfanges / Risikos der Tätigkeit vergütet werden und den rechtlichen Anforderungen Genüge tun.



DIE VERFASSUNGSWIDRIGE BESOLDUNG MANIFESTIERT SICH IN FEHLENDER ANERKENNUNG UND WERTSCHÄTZUNG FÜR DIE BETROFFENEN.

Seit einigen Jahren wird ein Verfahren hinsichtlich der verfassungswidrigen Besoldung in Hessen geführt. Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel bestätigte die verfassungswidrige Besoldung. Das Land Hessen reagierte hier minimal, in dem zwei Erhöhungen im Jahr 2023 und 2024 von 3% zugestanden wurden. Vermutlich um Zeit zu schinden, bis das Bundesverfassungsgericht final entschieden hat. Trotz der bereits erfolgten Erhöhung ist die Besoldung nach wie vor verfassungswidrig.

Die hierarchischen Strukturen im Beamtenwesen schaffen eine Barriere für den Austausch von Ideen und Frustration zwischen Beamten und ihren Vorgesetzten. Oft fehlt es an Interesse seitens der Führungsebene, die Meinungen (Optimierungsvorschläge) der Basis anzuhören. Beamte befürchten Konsequenzen, wenn sie ihre Meinung äußern und stehen vor der Herausforderung, ihre Stimme innerhalb des Systems zu erheben.
Gespräche mit Vorgesetzten stoßen leider viel zu oft auf taube Ohren. Niemand möchte die Verantwortung seiner Mitarbeiter über deren Frustration und Ärger übernehmen.

Dennoch bleiben viele trotz hoher Unzufriedenheit und dem Risiko sowohl physisch als auch psychisch zu erkranken im Polizeivollzugsdienst. Der Grund hierfür „Ich liebe die abwechslungsreiche und vor allem die spezifische polizeiliche Tätigkeit“ - „Ich möchte für Sicherheit in der Gesellschaft sorgen“ oder man möchte seinen bereits angesparten Pensionsanspruch nicht aufgeben.

Nimmt man das folglich alles in Kauf? NEIN - Denn die Familie aber auch die körperliche Gesundheit leidet langfristig erheblich unter solchen Umständen.
In der freien Wirtschaft kann man bei hoher Unzufriedenheit die Firma leichter wechseln. Heutzutage möchten die Menschen von ihren Vorgesetzten wahr und vor allem ernst genommen werden.

WAS IST MIT DEM WORT FÜRSORGEPFLICHT? DENN GENAU DAS IST DER ZENTRALE PUNKT, AUF DEN DER ÖFFENTLICHE DIENST ENDLICH REAGIEREN MUSS.



Wir setzen jetzt einen Schlussstrich!

Wir benötigen **JETZT** eine Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Dienstes im Bereich Polizeivollzugsdienst, um die Bewerberzahlen zu erhöhen und unser Personal langfristig halten zu können.

Wir fordern eindringlich, dass mehr Personal für die Hessische Polizei eingestellt wird, um die großen Lücken auszugleichen und wieder mehr Zufriedenheit innerhalb der Polizei zu erreichen.

Wir fordern mehr Anerkennung und Wertschätzung für alldiejenigen, die jeden Tag ihren Dienst für die Hessische Polizei verrichten und dafür Sorge tragen, dass sich die Bevölkerung sicherer fühlt. Der Start hierfür sollte eine verfassungsgemäße Besoldung darstellen.
Einhergehend fordern wir, dass die Beschäftigen des Land Hessen mehr wahrgenommen werden hinsichtlich ihrer Anregungen, Optimierungsvorschläge, Tipps und Ideen, denn sie arbeiten tagtäglich in der Basis und kennen die Abläufe nur zu gut.

Wir fordern eine bessere technische Ausstattung für das Kollegium – 1/1 Ausstattung, um mehr mobile Arbeit anbieten zu können.
So können wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern und die Möglichkeit einer gesunden Work-Life-Balance zu ermöglichen.
Wir fordern aus diesem Grund wieder die Einführung von verschiedenen Modellen des Sabbaticals, um zu einem die Möglichkeit der Auszeit und zum andere der Gesunderhaltungspflicht bieten zu können.
Für die Gesundheitspflicht fordern wir außerdem mehr Präventionsangebote wie z.B. Superversionen. Diese können auch in Dienstgruppen oder Kommissariaten geschlossen durchgeführt werden. Dies kann zu einem zu Einsatznachbearbeitungen dienen, um kollegiale Differenzen aus dem Weg zu schaffen oder um gewissenhafter mit psychisch belastenden Einsätzen umzugehen.
Wir fordern insgesamt mehr Personal, um die Anforderungen stemmen zu können.
So wie z.B. für das Hessische Polizeipräsidium Einsatz, um bei größeren Einsätzen den Einzeldienst neben ihren regulären Diensten wieder mehr zu entlasten.
Wenn wir die äußeren Umstände der Polizei wieder attraktiver gestalten wollen, um unsere Kollegen halten zu können – müssen **WIR jetzt** handeln. Wir können es uns nicht mehr leisten mit Scheuklappen durch das Leben zu marschieren und zu erkennen, dass immer mehr Bedienstete das „sinkende Schiff“ verlassen und gleichzeitig vergeblich nach neuen Nachwuchskräften zu suchen.

Janna Knutas
Kreisgruppenvorsitzende Darmstadt-Dieburg

KLEIDERBESTELLUNG BEIM LOGISTIKZENTRUM LZBW

ODER AUCH "WARTEN AUF GODOT!"

Nach der Abschaffung der Kleiderkammern in Hessen bestellt jede hessische Polizeibeamtin / jeder hessische Polizeibeamte ihre / seine dienstliche Bekleidung über den „eShop“ des Logistikzentrums Baden-Württemberg (LZBW).
Shoppen im „eShop“ hinterlässt kein Shoppinggefühl á la „Amazon“ oder anderer namhafter Onlineshops. Das Design ist eher altbacken, Produktbilder müssen mit der Lupe angeschaut werden und vom eigentlichen Bekleidungsstück lässt sich das Design eher erahnen. Heißt, es gibt maximal eine Ansicht, meist von schräg vorne, welche keinerlei Rückschlüsse auf das eigentliche Produkt schließen lassen. Auch sind Kleidungsstücke erfasst, welche es nicht mehr gibt und man wird auf eine leere Seite mit dem Hinweis „Keine Produkte gefunden“ weiterleiten. Okay, Dienstbekleidung kaufen muss jetzt keine Shoppinghochgefühle auslösen, aber etwas freundlicher und zeitgemäßer könnte der „eShop“ dann schon sein.
Ich benötige neue Dienstbekleidung und schaue mir mein jährliches Budget von 220 Euro und ggf. mein Guthaben an. Beim Blick auf die Preise der einzelnen Kleidungsstücke, Schuhe etc. wird mir ziemlich schnell klar, viel kaufen ist vom Jahresbudget nicht. Auch wenn es immer wieder Kolleginnen und Kollegen gibt, welche höhere Summen auf ihrem

Bekleidung / Schuhe	Preis „eShop“
Tuchhose:	62,80 Euro
Tuchjacke:	91,40 Euro
3in1 Jacke:	362,70 Euro komplett
Streifendiensthose:	41,70 Euro
Dienstbluse:	19,00 Euro (blau) 23,80 Euro (weiß)
Sommerbluse:	17,90 Euro (blau) 21,90 Euro (weiß)
Streifendienstschuhe:	96,20 Euro
Einsatzstiefel:	188,20 Euro

Bekleidungskonto haben, ich habe dies nicht. Ich habe nie „sinnlos“ mein Geld ausgegeben oder mir Sachen gekauft, welche ich irgendwo hingelegt habe und nie angezogen habe.
Anbei eine exemplarische Aufzählung, was ich von meinem Jahresbudget in Höhe von 220 Euro kaufen kann und was die Kosten dafür sind.
Schon beim Kauf von zwei Innendiensthosen habe ich mehr als die Hälfte meines Budgets ausgegeben und habe noch keine Schuhe (Frauen können diese nicht im eShop kaufen), Socken, Wappen, Dienstrangabzeichen oder Hemden.
Bräuchte ich neue Einsatzstiefel, dann kann ich mir eigentlich für das Jahr noch ein Hemd kaufen und dann nichts mehr. Das Budget von 220 Euro ist meines Erachtens nicht ausreichend und müsste dringend erhöht werden, da ich sicherlich nicht mit meinem privaten Geld Uniform kaufen werde, auch wenn dies gerne mal als Option genannt wird. Hier sehe ich eindeutig den Dienstherrn in der Pflicht und wenn das Budget nicht mehr zeitgemäß ist, dann muss es eben gemäß der Preisentwicklung angepasst werden.
Habe ich mir jetzt gut überlegt was ich eigentlich brauche und mir leisten kann, dann fängt für mich das nächste Problem an. Ich bestelle auf gut Glück meine eigentliche Größe und hoffe darauf, dass es passt. Als Orientierung nehme ich mal die Größen von der letzten Bestellung.
Mit viel Glück wurde der Hersteller nicht gewechselt und die Sachen

passen. Hat der Hersteller gewechselt, dann passen die Sachen eher nicht und ich kann wieder neu bestellen. Wäre ja eigentlich kein Problem, wenn da nicht die Lieferzeiten wären! Seit Jahren bekommt es das LZBW nicht hin die Bestellungen zeitnah zu verschicken, obwohl die Sachen laut „eShop“ lieferbar sind.
Dies war schon vor Corona und dem Ukrainekrieg nicht leicht, aber seitdem geht eigentlich gar nichts mehr**. Lieferzeiten von drei bis acht Monaten** sind mittlerweile Standard. Um die Lieferkosten gering zu halten, werden Bestellungen auch mal so lange zurückgehalten bis alle Sachen lieferbar sind.
Heißt, ich kauf mir im Winter meine Sommersachen und umgekehrt und hoffe, dass die Sachen passen.
Auch der nette Hinweis: „Eingehende Aufträge werden - in Abhängigkeit der Artikelverfügbarkeit - nach deren Eingangsdatum abgearbeitet.
Aufgrund einer sehr hohen Auftragslage kommt es hierbei derzeit zu deutlichen Verzögerungen bei der Auslieferung von Ware an unsere Kunden in Baden-Württemberg und Hessen.
„Hierfür bitten wir um Ihr Verständnis.“ Bitte was?
Jetzt bin ich nicht mehr im Streifendienst tätig und kann im Notfall auch in Zivil meinen Dienst versehen, aber eigentlich bin ich als Bedienstete der Schutzpolizei Uniformträgerin und somit per Verwaltungsvorschrift zum Tragen der Uniform verpflichtet. Was aber tun, wenn ich nichts geliefert bekomme.
Okay, dann vielleicht auf einen Polizeishop ausweichen und dort von meinem privaten Geld etwas kaufen?! Könnte ich, aber darf ich nicht, da nicht dienstlich geliefert.
Und da dies ja noch nicht genug ist, nun auch noch ein paar Worte zur Qualität.
Leider lässt die Qualität der Bekleidung auch immer noch zu wünschen übrig.

TARIFRUNDE ZUM TV-H

LAUTSTARKER AUFTAKT IN WIESBADEN

Rückblick: Am 10. Oktober 2021 ist nach durchverhandelter Nacht eine Tarifeinigung für die Landesbeschäftigten in Hessen erzielt worden. Der Tarifvertrag hatte eine Laufzeit von 28 Monaten, von 1. August 2021 an und galt bis Januar 2024. Der komplette Tarifvertrag umfasst 400 Seiten. In dieser Zeit ist viel passiert und gerade im Hinblick auf das liebe Geld hatten wir zwischenzeitlich eine so hohe Inflation, wie sie zum Tarifabschluss 2021 noch nicht absehbar war. Die Bundesregierung hatte darauf reagiert und es den Arbeitgebern ermöglicht Inflationsausgleichsprämien zu bezahlen, die Steuer und Sozialabgabenfrei waren. Das haben viele für Ihre Beschäftigten umgesetzt. Als GdP hatten wir dies genauso für die Beschäftigten des Landes Hessen gefordert. Der damalige Innenminister konnte, oder wollte das jedoch nicht umsetzen und hat sich auf den laufenden Tarifvertrag berufen. Gezahlt wurde kein Euro mehr, als 2021 vereinbart. Der Verweis auf den Tarifvertrag haben wir als GdP schon damals verurteilt. Alleine schon im Begriff der InflationsausgleichsPRÄMIE steckt schon drin, dass es etwas Zusätzliches ist und sich nicht aufrechnen lassen darf. Sonst ist es schlichtweg keine Prämie. Dafür war es aber vom Bundesgesetzgeber eingerichtet worden. Mit großer Spannung haben wir den Beginn der Tarifverhandlungen zum TV-H am 14. Februar dieses Jahrs erwartet. Der 14. Februar viel auf den Aschermittwoch und natürlich zugleich Valentinstag. Die erste Reaktion von Arbeitgeberseite hatte mit Valentinsgrüßen so gar nichts zu tun. Die Forderungen wären „Überzogen“, „Unangemessen“ und „Unbezahlbar“. Naturgemäß sehen wir das anders. Die Argumente, dass die Inflation ja zwischenzeitlich wieder niedriger sei, rechtfertigt nicht die tatsächlich stattgefundene Reallohnkürzung ausgleichen zu müssen. Viel mehr gehört noch etwas oben drauf, um als Arbeitgeber im umkämpften Arbeitsmarkt überhaupt wieder ernst genommen zu werden. Von der Übertragung und der notwendigen Besoldungsanpassung bei allen Alimentationsempfängern ganz zu schweigen! Jetzt im Hinblick auf eine gesunkene Inflation zu verweisen und die prozentuale Anpassung daher niedriger ausfallen lassen zu wollen hat mit Prozentrechnen nicht viel gemeinsam. Zumal gerade die Preise für Energie und Lebensmittel sich anhaltend und deutlich über den Durchschnittsberechnungen erhöht haben. Wenn Du diese Druckausgabe in den Händen hältst gibt es - so der Plan - bereits einen neuen Tarifabschluss. Wenn eine Einigung erzielt werden konnte. Ich hoffe Du hast



Dich solidarisch gezeigt und warst bei der Demo am 09.03. in Frankfurt und den anderen Warnstreiks mit auf der Straße, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen und um zu zeigen, dass es Dir nicht egal ist! Die Forderung das Ergebnis „Zeit- und Inhaltsgleich“ auf ALLE Alimentationsempfänger zu übertragen, ist ein elementar wichtiger Schritt auch für den Beamtenbereich seine Wertschätzung zu zeigen und sich nicht komplett im Föderalismus abhängen zu lassen. Das dazu notwendige Besoldungsgesetz wird hoffentlich schnellstmöglich realisiert. Und dabei sprechen wir noch nicht von der grundsätzlichen Verfassungswidrig zu niedriger Besoldung. Das muss oben draufkommen! Die GdP Hessen wird da weiter dranbleiben! Eine Gewerkschaft ist als Solidargemeinschaft aber immer nur so stark wie ihre Mitglieder. Daher brauchen wir auch weiterhin Deine Unterstützung!

Christian A. Richter

TARIFVERHANDLUNGEN DER TDL

GDP SENIORENGRUPPE FRANKFURT UNTERSTÜTZT DIE DEMONSTRATION IN MAINZ

Am Montag, den 04.12.2023, um 10.00 Uhr, hatte sich eine Delegation der GdP Seniorengruppe Frankfurt am Hauptbahnhof in Frankfurt eingefunden, um sich an dem Warnstreik im öffentlichen Dienst in Mainz zu beteiligen.
Die Seniorengruppe Frankfurt fuhr mit der S-Bahn zum Hauptbahnhof nach Mainz. Am Hauptbahnhof hatten sich die Senioren aus Frankfurt an dem Demonstrationszug angeschlossen, der gerade in Richtung Mainzer Innenstadt unterwegs war. Es wurden Plakate und Fahnen mitgeführt. Es wurde laut gepfiffen und gerasselt. Der gebeutelte öffentliche Dienst hatte mal richtig Dampf abgelassen. Verschiedene Gewerkschaften hatten an dem Demonstrationszug teilgenommen. Ein zweiter Demonstrationszug schlängelte sich auch durch die Mainzer Innenstadt. Einige Autofahrer waren ganz schön genervt, weil der Verkehr für eine längere Zeit beeinträchtigt wurde.
Nach Angaben der Polizei Mainz wurden 9000 Personen mobilisiert, die an den Demonstrationszügen teilnahmen.
Die GdP war sehr stark vertreten. Überall sah man Kollegen und Kolleginnen in gelben Westen und Jacken, die ihren Unmut zum Ausdruck brachten. Nach einer Stunde erreichten die Demonstrationszüge den Abschlusskundgebungsort (Am Fischtorplatz, direkt am Rheinufer) Mittlerweile hatte es heftig geschneit und es war bitter kalt.
Bernd hatte heißen Tee dabei, der uns innerlich erwärmte. Viele Demonstrationsteilnehmer hatten gute Ideen. Ein Kollege trug ein großes Schild vor dem Bauch mit der Aufschrift „Dienstherr". Er zog einen Handwagen hinter sich her und versorgte die Demonstrationsteilnehmer mit Kreppeln.
Das ist Fürsorgepflicht.
Und er verteilte kleine Abrisskärtchen mit folgenden Beschriftungen:
Warme Worte – nicht einlösbar-,
Anerkennung – nicht einlösbar - .
Bei der Abschlusskundgebung hatte die DGB-Vorsitzende für Rheinland-Pfalz und das Saarland, Susanne Wingertszahn, eine angemessene Bezahlung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gefordert.
Die gestiegenen Kosten durch die hohe Inflation müssten ausgeglichen und das Ergebnis der Verhandlungen dann auch auf die Beamten übertragen werden. Die Landesvorsitzende der GdP Rheinland- Pfalz, Sabrina Kurz, folgte mit einer weiteren Rede. Die DGB-Gewerkschaften fordern 10,5 Prozent mehr Geld, mind. 500 Euro mehr im Monat, bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von 12 Monaten.
Als die Kundgebung endete, hatten sich die Senioren von Frankfurt auf dem Mainzer Weihnachtsmarkt erst mal in einer Hütte bei heißen Glühwein aufgewärmt. Später ging es wieder nach Frankfurt. Es ist zu hoffen, dass nächstes Jahr sich auch viele Kollegen/Kolleginnen an den anstehenden Demonstrationen in Hessen teilnehmen.
Am 09.12.2023 kam es zu einem Verhandlungsergebnis Tarifrunde der Länder 2023. Das Verhandlungsergebnis des TV-L ähnelt sich dem TVÖD. Das vorliegende Ergebnis des TV-L ist eine Richtschnur für Hessen.

Uwe Nachtwey







EIN AMBITIONIERTER BLICK IN DIE ZUKUNFT

Am 5. Februar fand die erste Sitzung des geschäftsführenden Landesjugendvorstandes im neuen Jahr statt. In der Geschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei in Wiesbaden trafen am Morgen ein Großteil des gewählten Jugendvorstandes und JUNGE Gruppe Beisitzer aus mehreren Bezirksgruppen ein.





Einige abwesende Vorstandsmitglieder wurden per Videokonferenz dazugeschaltet, um aus den weiten Teilen Hessens an der Sitzung teilnehmen zu können.

Grund der Zusammenkunft waren unter anderem die Nachwahlen vakanter Vorstandsposten und die Verabschiedung ausgeschiedener Vorstandsmitglieder.

Eröffnung und Grußworte

Im Anschluss an die Begrüßung des Bezirksgruppenvorsitzenden Westhessens, Sebastian Schubert, wurde die Sitzung durch die Landesjugendvorsitzende Gianina Lüttger eröffnet. Der Landesvorsitzende Jens Mohrherr versäumte es natürlich nicht, sich die Zeit zu nehmen, grüßende Worte an die Sitzungsteilnehmenden zu richten und den beiden ausscheidenden Mitgliedern Gianina Lüttger und Marcel Müller zu danken.

Des Weiteren wurden vom Landesvorsitzenden richtungsweisende Worte für das Jahr 2024, insbesondere für die anstehenden hessischen Tarifverhandlungen und die Personalratswahlen, geäußert.

Die bis dato Vorsitzende des Landjugendvorstandes Gianina Lüttger, GdP-Mitglied seit 2014, welche 2015 in die aktive Vorstandsarbeit gewählt wurde, war von 2017 bis 2021 Landesjugendkassiererin und anschließend seit 2021 die Nachfolgerin von Marcel Müller.

Aufgrund ihres Behördenwechsels vom Hessischen Polizeipräsidium für Technik zum Hessischen Amt für Versorgung und Soziales entschied sie sich schweren Herzens, ihr Ehrenamt bei der JUNGE Gruppe Hessen nach neun Jahren aufzugeben.

Im gleichen Zuge wurde der bis dahin stellvertretende Vorsitzende Marcel Müller von seinem Ehrenamt entlastet. Marcel Müller, welcher seit 2008 GdP-Mitglied ist, wurde 2013 unter dem damaligen Jugendvorsitzenden Jochen Zeng für eine Legislaturperiode als Kassierer gewählt.

Im Anschluss übernahm er von 2017 bis 2021 den Vorsitz und von 2021 bis 2024 unter Gianina Lüttger die Stellvertretung.

Nach elf Jahren ehrenamtliche Vorstandsarbeit wechselte der Hauptkommissar Marcel Müller aufgrund familiärer Gründe dienstlich von Wiesbaden nach Hannover und entschied sich folgerichtig auch gewerkschaftlich für einen Länderwechsel nach Niedersachsen.

Lukas Brauer stellt sich zur Wahl

Als Nachfolger für das Amt des Landesjugendvorsitzenden stellte sich der gebürtige Thüringer Lukas Brauer zur Wahl. Lukas ist aktuell 25 Jahre alt und hat an der HöMS in Kassel studiert.

Im Anschluss an sein Kripo-Studium wurde er zum K 20 nach Korbach im Bereich der Betrugsdelikte versetzt. Jetzt, aufgrund seiner gewerkschaftlichen Einbindung in die JUNGE Gruppe Nordhessen, und seiner Ambition als Vorsitzender der JUNGE Gruppe Hessen, wechselte er in die Kriminaldirektion Kassel in den Bereich der Mehrfach- und Intensivtäter.

Janina Fischer folgt Marcel Müller

Janina Fischer beabsichtigte die Nachfolge von Marcel Müller als stellvertretende Vorsitzende zu übernehmen. 2017 bis 2020 studierte sie die Kriminallaufbahn an der HöMS in Kassel und wurde nach erfolgreichem Abschluss zum K 14 nach Frankfurt versetzt.

Jetzt, im Alter von 27 Jahren, arbeitet Janina beim K 11 in Frankfurt. Gewerkschaftlich ist sie vor vier Jahren in den Landesjugendvorstand als Beisitzerin gewählt worden.

Beide zur Wahl Stehenden wurden einstimmig in ihre Ämtern gewählt.

Die JUNGE Gruppe Hessen dankt den beiden Ausscheidenden recht herzlich für zusammengerechnete 20 Jahre ehrenamtliche Vorstandsarbeit.

Gianina Lüttger und Marcel Müller arbeiteten spätestens seit 2015 im Duo harmonisch zusammen und hatten zu jeder Zeit das Wohl der Organisation GdP und der Vorstandsmitglieder im Blick. Den beiden Neugewählten Janina Fischer und Lukas Brauer gratuliert die JUNGE Gruppe, wünscht eine erfolgreiche Zeit im Vorstand und freut sich auf eine erwartbare gute und freudige Zusammenarbeit.

Aktive Vorstandsarbeit

Im Anschluss an die Neuwahlen und die Verabschiedung der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder wurden verschiedene Workshops mit den Themen

- *„Partys und Veranstaltungen"*
- *„politische Veranstaltungen"*
- *„Networking"*
- *„Darstellung gewerkschaftlicher Arbeit in sozialen Medien"*

abgehalten.

In dem Workshop „Partys und Veranstaltungen" wurde zum Beispiel für euch JUNGE Gruppe Mitglieder festgelegt, dass dieses Jahr erneut die legendäre Bootsparty auf dem Rhein stattfinden wird.

Als Premiere hingegen wird der Landesjugendvorstand seinen jungen Mitgliedern ein exklusives GdP-Motorradsicherheitstraining organisieren.

Wenn ihr also an einer Veranstaltung Interesse habt, dann haltet die Ohren offen, lest den Report in regelmäßigen Abständen und folgt uns auf Instagram „junge_gruppe_gdp_hessen" für kommende Infos.

Wir freuen uns auf euch! ■

Stefan Krollmann



Scan Me
Für ein Video der Tagung

GESCHICHTEN, EHRE UND GEBABBEL

WEIHNACHTSFEIER DER KG SENIOREN FRANKFURT

Es war alles gerichtet, die Urkunden lagen bereit, der Raum weihnachtlich geschmückt und das Kuchenbuffet machte Appetit auf später. Und dann wurde es voll im Glashaus in der Nordweststadt, so richtig voll. Gut fünfzig Gäste waren der Einladung des Kreisgruppenvorstandes gefolgt, säumten die von unserer Gastgeberin liebevoll vorbereiteten Tische. Zwei davon waren keine Senioren, bereicherten aber die Veranstaltung nicht nur mit ihrer Anwesenheit. Doch bevor sie agieren konnten, begrüßte die Kreisgruppenvorsitzende Elke Oswald die Anwesenden und erinnerte in ihrer Eröffnung auch an diejenigen, die nicht mehr dabei sein konnten. Ein besonderer Gruß galt denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die für ihre langjährige Mitgliedschaft in unserer GdP geehrt werden sollten. Doch nach der anstrengenden Anreise war das Kuchenbuffet Ziel der Bemühungen. Auch hier hatte die Gastgeberin keine Mühen gescheut und eine wunderbare Mischung aus verschiedenen Torten, Kuchen und Weihnachtgebäck angerichtet. Da ließen sich die Kolleginnen und Kollegen nicht zweimal bitten. Die Gespräche liefen an und ergaben eine ordentliche Geräuschkulisse. Da musste Elke Oswald mal kurz laut werden um die Aufmerksamkeit umzulenken zu den jugendlichen Gästen. Als erster hatte Alexander Wagner vom DGB das Wort. Er bedankte sich für die Mitarbeit der GdP-Vertreter im Seniorenausschuss des DGB-Kreises und machte Werbung für das Programm der DGB-Senioren im Jahr 2024. Dieses wird im ersten Quartal erscheinen und wieder interessante Angebote enthalten. Und dann standen die Jubilare im Mittelpunkt. Dreizehn von fünfundvierzig waren persönlich erschienen, zum großen Teil mit Partnerinnen oder Partnern. Die Ehrungen übernahmen Elke und der stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende Bernd Braun, der auch ein Grußwort vom Landesseniorenvorstand überbrachte. Die Urkunden, Nadeln und der Präsentwein wechselten die Besitzer und riefen durchaus Freude und den einen oder anderen nostalgischen Rückblick hervor. Ohne die übrigen Jubilare zurückzusetzen soll doch besonders Werner Lacalli genannt werden. Seit mehr als 70 Jahren ist er Mitglied in unserer Solidargemeinschaft und, er war besonders gerührt von der Ehrung.



70 Jahre GdP – Werner Lacalli

Rechtzeitig zum Gruppenfoto traf Jochen Zeng, unser Bezirksgruppenvorsitzende, ein. Er berichtete von der aktuellen Situation in der Behörde, der Arbeit des Personalrates und besonders von dem Einsatz anlässlich des Bundeligaspiels der Eintracht gegen Stuttgart. Dabei wurden 58 Kolleginnen und Kollegen zum Teil schwer verletzt was zu einem großen Ermittlungsverfahren und kontroversen Diskussionen über Ursache und Wirkung führte. Die GdP, besonders der Landesvorsitzende Jens Mohrherr, machten klar, wie die Bewertung aus unserer Sicht aussieht. Dann war Fotozeit.

Keine Seniorenweihnachtsfeier ohne Geschichten.

Das ist ein langjähriger Brauch, der auch in diesem Jahr gepflegt wurde. Ließ es Uschi Moosbauer heiter und besinnlich angehen, war der zweite Beitrag ein kleiner Spiegel, den uns Bernd mit Robert Gernhardts satirischer Erzählung von der Falle, die am Weihnachstabend in einer Villa in Berlin-Dahlem zuschlägt, vorhielt. So ging mit vielen guten Gesprächen ein wahrlich vorweihnachtlicher Nachmittag zu Ende, der die Erwartungen für das Fest sicherlich gesteigert hat.



Die Jubilare mit Elke, Bernd und Jochen



Urkunden, Nadeln und Bembel

UNERLAUBTES ENTFERNEN VOM UNFALLORT

REFORMBESTREBEN ZUM § 142 STGB

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,
durch einen Kollegen auf das Vorhaben zur Reform des § 142 StGB aufmerksam gemacht, sehe ich mich gezwungen, auch Ihnen wieder meine Gedanken dazu zu unterbreiten.

Als gelernter Grenzschützer bin ich bereits 1982 zur hessischen Polizei nach Frankfurt konvertiert und habe dort mein Einkommen hauptsächlich auf dem Sektor der Verkehrsüberwachung generiert. Natürlich gehörte auch die Sparte der Unfallfluchtermittlungen zu diesem Organisationsbereich.

Bedauerlicherweise sind mir die Beweggründe für eine Veränderung der Verfolgung von unerlaubtem Entfernen vom Unfallort bei Sachschäden als Straftat nicht geläufig, aber ich denke, wenn dies nur der Entlastung der Justiz dienen sollte, dass dies der falsche Weg sein könnte. Auch Beschwerden der Kolleginnen und Kollegen aus der Polizei wegen Arbeitsüberlastungen durch solche Verfahren sind mir aus meiner aktiven Zeit noch bekannt, können mich aber der Sache wegen nicht umstimmen.
Ich wurde auch öfters mit einem Beschlagnahme- und Durchsuchungsbeschluss nach unerlaubtem Entfernen vom Unfallort zur Täteradresse losgeschickt und bin ohne beschlagnahmten Führerschein erfolglos zurückgekehrt.
Dies haben meine Streifenpartner und mich des Öfteren unverhältnismäßig viel Arbeitszeit gekostet und ließe sich anders auch effektiv erledigen.
Derzeit ist noch jeder Verkehrsunfall oder sonstiger Sachschadensfall nicht nur im öffentlichen Verkehrsraum strafrechtlich bewertet zunächst eine fahrlässige Sachbeschädigung und daher weder mit Geld- oder Freiheitsstrafe belegt, vorausgesetzt, man entzieht sich seiner Verantwortung nicht durch Flucht!

Wer aber flüchtet, möchte sich, aus welchen Gründen auch immer, dieser Verantwortung entziehen! Dieses Verhalten durch Reduzierung von einer Straftat zur Ordnungswidrigkeit herabzustufen, tangiert nebenbei bemerkt auch das grundgesetzlich geschützte Recht auf Eigentum.
Vergleichbare Gedankengänge wurden auch schon vor längerer Zeit zum Deliktsfeld des Ladendiebstahls öffentlich gemacht.
Zumindest im Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (HSOG) ist im § 1 Absatz 3 der Schutz privater Rechte auch Aufgabe der Polizei, wenn „*gerichtlicher Schutz nicht rechtzeitig zu erlangen ist und wenn ohne gefahrenabwehrbehördliche oder polizeiliche Hilfe die Verwirklichung des Rechts vereitelt oder wesentlich erschwert werden würde*“.
Dazu zählen für mich auch heute noch neben der Gewährleistung des reinen Datenaustauschs zwischen den Beteiligten die zeitnahe Feststellung gerichts verwertbarer, objektiver Spuren zur Verfolgung von mindestens ordnungswidrigem Verhalten und damit einhergehender Sicherung des möglichen Schadensersatzanspruchs.

Das elementarste Erlebnis zum Thema Schutz privater Rechte war für mich ein Funkspruch einer Streife von einer benachbarten Dienststelle, die zweimal, mit geringem Abstand, jeweils das Ableben einer der verheirateten Unfallfahrzeugbesatzung durchgab und damit unbewusst aber nachhaltig auf das individuelle Erbrecht eingewirkt hat!
Bisher haben die Polizeibehörden im Falle des § 142 StGB einen Strafverfolgungszwang, also das Legalitätsprinzip (ich muss ermitteln). Bei einer Zurückstufung als Ordnungswidrigkeit gilt dann das Opportunitätsprinzip (Ermessensspielraum; wenn ich Zeit habe und es für verfolgungswürdig erachte; Einschreiteermessen; nehme ich mich der Sache an) mit dann nur noch Verjährungsfristen von drei Monaten!
Dies wäre, nach meiner Wertung, der Sache nicht angemessen, da schon das unbedachte Öffnen einer Fahrzeugtür für kleinere Lackschäden 300,- € plus kosten könnte.
Es stellt sich nun die Frage, warum sucht ein(e) solche(r) Schadensverursacher(in) das Heil in der Flucht? Weil die flüchtige Person möglicherweise eine andere Straftat nach dem StGB und den Strafrechtsnebengesetzen verdecken, oder aber sich dem Prozess der Schadensregulierung, inklusiv der finanziellen Nachteile dazu nicht stellen möchte? Ich verfüge über genügend Beispiele aus meiner Praxis dazu!
Dies Potenzial zur Flucht könnte mit der beabsichtigten Freigabe von Marihuana noch zunehmen,

zumal wir anders als bei Alkoholkonsum auch noch über weniger gerichtsfeste Grenzwerte verfügen!
Ich danke dem Justizminister auf jeden Fall für die Eröffnung dieser Diskussion, da ich nun endlich einmal situationsbezogen feststellen kann, dass das unerlaubte Entfernen vom Unfallort per se ein charakterliches Defizit der flüchtigen Person offenbart und deswegen sowohl eine Straftat mit den bekannten Folgen bleiben und noch dazu immer zwingend eine medizinisch psychologische Untersuchung nach sich ziehen sollte!

Bei „Rauschtaten“ am Steuer eines Kraftfahrzeugs gilt ja schon länger die Regel, dass man einer Strafverfolgung wegen unerlaubten Entfernens vom Unfallort entgehen kann, wenn man sich innerhalb von 24 Stunden danach als Verursacher(in) meldet, vorausgesetzt die Behörde erhält nicht vorher davon Kenntnis.
Dies hat noch nie meine Zustimmung gefunden und scheint wohl auch keine wirkliche Erfolgsreform gewesen zu sein, ich bin aber wegen meines Ruhestands nicht wirklich auf der Höhe der Zeit mit den aktuellen Zahlen.

Bitte bedenken Sie jedoch bei einer Veränderung der Rechtslage das Problem mit der Gleichbehandlung, weshalb jemand mit 1,6‰ Alkohol im Blut folgenlos schon bei einer Routinekontrolle gem. § 36 (5) STVO den Führerschein verlieren und zu einer medizinisch-psychologischen Untersuchung (MPU) aufgefordert werden wird, wenn im Gegenzug ein Unfallverursacher mit z. B.: dem gleichen Promillewert durch Flucht mit Sachschaden weitestgehend ungeschoren davon kommen und dazu dessen Ordnungswidrigkeit der Flucht bereits nach drei Monaten der Verjährung unterliegen soll!
Möglicherweise sind die 1,6‰ Alkohol im Blut im Einzelfall ja schon ein Hinweis auf eine Suchterkrankung (geistige Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen gem. § 315 c & 316 StGB). Wo ist dann bitte zukünftig die Grenze nicht nur bei Alkohol zwischen Suchterkrankung und charakterlicher Ungeeignetheit?
§ 36 (5) STVO zielt neben der anlassfreien Kontrolle von Fahrzeugführern auf Überprüfung der individuellen Verkehrstüchtigkeit sowie auf die Verkehrssicherheit des jeweils rechtmäßig genutzten Verkehrsmittels ab. Schutzzweck der Norm des § 142 StGB; unerlaubtes Entfernen vom Unfallort, ist in erster Linie die Sicherung des Schadensersatzanspruchs der geschädigten Personen, in zweiter Linie die Gewährleistung der Verkehrstüchtigkeit der jeweilig beteiligten Verkehrsteilnehmer sowie die Verkehrssicherheit derer rechtmäßig genutzter Verkehrsmittel, inklusiv auch genutzter Fahrräder!

Selbst wenn die europäische Union präferiert, dass ältere Menschen ab einem gewissen Alter sich einer (amtlichen?) Fahrtauglichkeits -überprüfung unterziehen sollten, welches durchaus ein Grund für das unerlaubte Entfernen vom Unfallort sein könnte, würde damit weder dem Gleichbehandlungsgrundsatz nach dem deutschen Grundgesetz noch nach den in Deutschland geltenden Antidiskriminierungsgesetzen zurzeit Rechnung getragen werden können!

Mit Beibehaltung der bisherigen Regelung zum § 142 StGB und Ergänzung um die MPU als obligatorische Verfahrens- und Rechtsfolge auch nur bei Sachschäden ließe sich der auffällige Personenkreis auch in fortgeschrittenem Lebensalter bei individuellem Fehlverhalten am Steuer ohne Diskriminierungsansätze zu wirklich mehr juristisch unangreifbaren Maßnahmen zugunsten der Verkehrssicherheit ummünzen!

Ich habe mich im Jahr 2022 von meinem auf Kosten des steuerzahler finanzierten Bundesgrenzschutzes erworbenen LKW-Führerscheins mit Umschreibung auf das EU-Führerscheinscheckartenformat getrennt, ohne dafür auch nur einen aktuellen Sehtest oder gar eine Erste-Hilfe-Bescheinigung mit einem Ausstellungsdatum von weniger als einem Jahr vorlegen zu müssen. Auch solche Maßnahmen dienen keinesfalls der Verkehrssicherheit und sind aus meiner Sicht nichts anderes als gebührenpflichtiger blinder Aktionismus!

Sollte jedoch noch jemand in der Diskussion glauben, eine Konkurrenz zwischen den Paragrafen 142 StGB und 52 sowie 55 StPO zu erkennen, dem sei der Verweis auf die umfangreichen Verhaltenspflichten gem. § 34 StVO (Unfall) in Erinnerung zu rufen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Nörgeler



Offenes Seminar für alle

GdP und GUV FAKULTA informieren über Diensthaftpflicht und Regress



Die GdP Bezirksgruppe Südhessen lädt alle Kolleginnen und Kollegen zum Seminar

Wir wollen Euch über die Themenfelder der Diensthaftpflicht und Regress informieren. Kooperationspartner und Referent ist hierbei der GUV FAKULTA Regionalbeauftragte Markus Delnef.

NEUER TERMIN !

Wann: 18.04.2024 ab 09.30 Uhr
Wo: im Vortragssaal des PP Südhessen

Über eine unverbindliche Anmeldung per Mail an GdP.PPSH@polizei.hessen.de würden wir uns zwecks besserer Planbarkeit sehr freuen!

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Anmeldung an:
GdP.PPSH@polizei.hessen.de

Gewerkschaft der Polizei
Südhessen